

Wochensatz 85 Pf., monatlich 2.50 M. (binnen 25 Pf. monatlich für Lieferung ins Haus) im voraus zahlbar. Bezugspreis 4.20 M., einschließlich 80 Pf. Postzeitung und 72 Pf. Postzeitungsbeitrag. Auslandsabonnentent 9.- M. pro Monat; für Kinder mit ermäßigtem Postzuschuss 5.- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Samstags und Montags einmal, die Morgenausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Illustrierte Sonntagsausgabe „Wort und Bild“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Telefon: Lühoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dt. B. u. W. B. G. V., Depotschein, Charlottenstr. 65-66.

Mittwoch
16. Dezember 1931

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einzige Kampfbroschüre 40 Pf. Westmeyerle. — „Kleine Kämpfe“ das letzte Heft Nr. 23. 11. Jahrgang zwei Heftgebühren. Jeder weitere Heft 12 Pf. Heft 14. Teil 1. Heftgebühren das erste Heft 15 Pf. jedes weitere Heft 10 Pf. Beste über 15 Buchstaben zahlen für zwei Heftgebühren. Heft 15. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 16. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 17. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 18. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 19. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 20. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 21. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 22. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 23. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 24. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 25. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 26. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 27. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 28. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 29. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 30. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 31. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 32. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 33. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 34. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 35. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 36. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 37. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 38. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 39. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 40. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 41. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 42. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 43. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 44. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 45. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 46. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 47. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 48. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 49. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 50. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 51. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 52. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 53. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 54. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 55. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 56. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 57. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 58. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 59. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 60. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 61. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 62. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 63. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 64. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 65. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 66. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 67. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 68. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 69. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 70. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 71. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 72. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 73. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 74. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 75. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 76. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 77. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 78. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 79. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 80. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 81. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 82. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 83. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 84. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 85. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 86. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 87. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 88. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 89. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 90. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 91. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 92. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 93. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 94. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 95. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 96. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 97. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 98. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 99. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf. Heft 100. Teil 1. Heftgebühren 12 Pf.

Alle Kräfte für Preisabbau!

Gegen Faschismus. — Kampfbereitschaft der Gewerkschaften.

Der Bundesausschuss des ADGB. nahm gestern auf seiner Tagung, über die wir an anderer Stelle berichten, folgende Entscheidung an:

Der Bundesausschuss stellt fest, daß die Regierung in der Notverordnung die wiederholten ersten Warnungen der Gewerkschaften unberücksichtigt gelassen und statt dessen den von den Arbeitgebern erhobenen Forderungen nachgegeben hat. Die schwerwiegenden Bedenken gegen einen allgemeinen Lohnabbau bestehen unvermindert fort, um so mehr, als in den Maßnahmen zum Abbau der Preise keinerlei Bürgschaft für einen auch nur annähernden Ausgleich der Kaufkraftminderung zu erblickt ist. Insbesondere müssen die Ausnahmeverordnungen gegen die Arbeiter des Kohlen- und Kaliberbergbaus und der in öffentlichen Betrieben und Körperstellen beschäftigten Arbeitnehmer entschieden bekämpft werden. Daß zu der allgemeinen Lohnsenkung auch noch eine starke Einschränkung der Leistungen der Sozialversicherung hinzutritt, zeigt, daß die schwersten Opfer wiederum der Arbeiterschaft aufgebürdet werden.

Niemand kann ein größeres Interesse an wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands, an politischer Beruhigung und an der Erhaltung eines geordneten Staatslebens haben als die Arbeiterschaft.

Es sind aber keine Zweifel hinsichtlich, ob die Notverordnung das deutsche Volk diesem Ziele näher führen wird.

Nachdem trotz aller Warnungen vor den sozialen und wirtschaftlichen Gefahren der in der Notverordnung eingeschlagene Weg gegangen wird, lehnen die Gewerkschaften jede Verantwortung für die aus der Lohn- und Gehaltsenkung ohne Vorleistung einer durchgreifenden Preisenkung sich ergebenden Folgen nachdrücklich ab. Jedoch fordert der Bundesausschuss von der Regierung, daß nunmehr alle dem Preisabbau dienenden Maßnahmen nicht weniger rücksichtslos durchgeführt werden als die außerordentlichen Eingriffe in den Lohnstand und in das kollektive Arbeitsrecht.

Die Gewerkschaften werden von sich aus alle Anstrengungen machen, auf einen fühlbaren Preisabbau hinzuwirken.

Weiter verlangt der Bundesausschuss, daß schnellstens ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm durchgeführt wird zur endlichen Entlastung des Arbeitsmarktes und zur Behebung der Arbeitslosigkeit.

An die Arbeiterschaft in den Betrieben richtet der Bundesausschuss — unter Hinweis auf die nach dem 30. April 1932 zu erwartende Einschränkung der Verbindlichkeitsleistungen — die Aufforderung zu erhöhter Kampfbereitschaft. Die in Aussicht genommene Lockerung des Schlichtungswesens muß

zwangsläufig zu einer Steigerung der Arbeitskämpfe führen. Deshalb gilt es, für diese Kämpfe schon jetzt zu rücken durch Festigung und Ausbau der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften beim Reichszentralrat.

Ueber die Besprechung der Gewerkschaften mit der Reichsregierung am Montagabend wird uns mitgeteilt:

Die Besprechung der gewerkschaftlichen Spitzenverbände und Beamtenverbände, die am Montag beim Reichszentralrat stattfand, galt den verhängnisvollen Auswirkungen der Notverordnung auf die Lage der Arbeitnehmerschaft und der Beamten. An der Besprechung nahmen auch der Arbeits-, Finanz- und Wirtschaftsminister teil.

Die Gewerkschaftsvertreter führten insbesondere aus, daß die Notverordnung die Arbeiter, Angestellten und Beamten vor allem deshalb schwer belaste, weil die Preisenkung der Lohn- und Gehaltsenkung nicht vorangehe. Sie verwahrten sich ferner gegen die durch die Notverordnung festgelegte Sonderbehandlung der Bergarbeiter und der Gemeinde- und Staatsarbeiter, durch die der Lohn dieser Arbeitergruppen zum Teil erheblich unter den Stand vom 10. Januar 1927 herabsinke. Nachdem die Reichsregierung den Weg der Deflationspolitik beschritten und Löhne und Gehälter auf den Stand vor der Rationalisierung zurückgedrückt habe, müsse die Regierung nunmehr die Preisenkung auf der ganzen Linie schnell und durchgreifend in die Wege leiten und alle Tarifverträge für allgemeinerbindlich zu erklären.

Der Reichszentralrat erklärte, die Notverordnung sei ein einheitliches Ganzes. Ihr Erfolg sei gemiß, wenn alle Kräfte der Wirtschaft auf die Preisenkung konzentriert würden. Die anwesenden Reichsminister gingen auf die besonderen Fragen ihres Arbeitsgebietes ein. Der Arbeitsminister erklärte sich zur Hilfeleistung beim Aufbau der Tarifverträge bereit.

Der Preiskommissar arbeitet.

Verhandlungen mit Bäckern, Fleischern, Friseuren und Straßenbahnen.

Der Preiskommissar für Preisüberwachung wird nach Abschluß der in diesen Tagen durchgeführten Verhandlungen mit Vertretern der Bäcker-, Fleischer- und Friseurverbände in Kürze eine Verordnung über Preisänderungen erlassen. Die Verhandlungen, die mit dem Fleischer- und Friseurgewerbe über die Preisgestaltung fortgeschritten haben, stehen ebenfalls vor dem Abschluß. Gestern hat der Preiskommissar mit den deutschen Straßen- und Kleinbahnverwaltungen verhandelt und das Verfahren festgestellt, nach dem auf Grund der Bestimmungen der Notverordnung Tarifermäßigungen mit möglicher Beschleunigung in Kraft gesetzt werden können.

Tschiangkai-schek.

Völkerbunds-Rückwirkungen auf Nanking.

Von Peter Garwy.

Nanking, 15. Dezember. (Eigenbericht.)

Das Zentralkomitee der Kuomintang bestimmte am Dienstag den Präsidenten des gesetzgebenden Rates Lu Sen zum Nachfolger Tschiangkai-scheks als Präsidenten der chinesischen Republik.

Der Präsident der chinesischen Republik de jure und der allmächtige Diktator Chinas de facto, Marschall Tschiangkai-schek, ist zurückgetreten. Sein Rücktritt ist die Quittung für seine Schlappe in Genf und Paris. Was die zahlreichen Widersacher des chinesischen Bonaparte von links und von rechts nicht zu erreichen vermochten, ist nach seiner außenpolitischen Niederlage von selbst geschehen. Manchen Monarchen und Diktatoren ging es schon so — eine Kriegsniederlage oder eine diplomatische Schlappe führte zu ihrem Sturz, der durch die geknebelten inneren Kräfte des Landes nicht erzielt werden konnte.

Die nationale Befreiung Chinas, die Abschaffung der Exterritorialitätsrechte und Konzessionen der Fremdmächte, bildeten seit jeher den Pathos der chinesischen Revolution, als deren Volkstreckler sich Tschiangkai-schek ausgab. Er konnte seine diktatorische Macht nur behaupten, wenn er die Hauptaufgabe der chinesischen Revolution — die Befreiung Chinas von dem imperialistischen Fremdenjoch — lösen konnte. Und er konnte diese Hauptaufgabe nicht lösen, weil seine parteimilitärische Diktatur einen Bürgerkrieg in Permanenz und somit die andauernde Schwächung Chinas im inneren und nach außen bedeutete.

Die außenpolitische Schlappe in der Mandchurien hat die Gewalt Herrschaft Tschiangkai-scheks, die das politische Leben in China tötete, erschüttert. Das chinesische Volk geriet in Gärung. Die antijapanische Bewegung griff um sich. Die Studentenschaft, die in China dieselbe Rolle des revolutionären Sauerteigs spielt wie einst in Rußland, ist wiederum wie in der Revolutionszeit in den Vordergrund getreten. Schon der Rücktritt des Botschafters Dr. Sze, Paris, und des Außenministers Wellington Ku wurde von der Studentenschaft, die eine aktiveren Politik Japan gegenüber fordert, veranlaßt. Die Kantoner Gegenregierung, die seit dem Ausbruch des japanisch-chinesischen Konfliktes mit der Nanking-Regierung über die Wiederherstellung der Einheitsfront gegen den äußeren Feind verhandelte und als Vorbedingung den Rücktritt Tschiangkai-scheks forderte, wußte den Entrüstungsturm, der sich der Studentenschaft und der breitesten Volksmassen nach dem „Völkerverrat“ bemächtigte, auszunutzen, um den Sturz des Diktators herbeizuführen.

Es war nicht die erste außenpolitische Schlappe des Diktators. Der wiederholte Versuch, die Exterritorialrechte einseitig und eigenhändig abzuschaffen, stieß auf den hartnäckigen Widerstand der Großmächte. Dann kam die verblüffende Niederlage im Konflikt um die ostchinesische Eisenbahn im Herbst 1929, der mit dem Siege der russischen Roten Armee endete. Die dritte Niederlage im gegenwärtigen Mandchurenkonflikt hat dem Diktator den Todesstoß versetzt.

Der Ratsbeschluss des Völkerbundes über die Beilegung des Mandchurenkonfliktes ist sicher eine Niederlage der Nanking-Regierung. Sie trägt die Verantwortung dafür aber nur insoweit, als durch die Abdrosselung der chinesischen Revolution, durch die Abschaffung solchen erkämpfter Freiheiten, durch die Unterdrückung der Bauern- und Arbeiterorganisationen, durch die Zerstückelung und Bonapartisierung der Kuomintang-Partei Tschiangkai-schek die soziale Basis der Nanking-Regierung verengte und hiermit die Einheit und die Widerstandskraft Chinas nach außen unterminierte.

Aber unter den gegebenen Umständen blieb der Nanking-Regierung nichts anderes übrig, als dem Beschluß des Völkerbundrats zuzustimmen. Zwar drohte Tschiangkai-schek, an der Spitze der chinesischen Armee den Angreifer — falls er vom Völkerbunde nicht zum Rückzug gezwungen würde — aus dem Lande zu vertreiben. Aber Tschiangkai-schek war ein zu kluger Realpolitiker, um ein solches waghalsiges Abenteuer gegen Japan zu versuchen.

Der Völkerbund bemüht sich auf Kosten des Schwächeren, des Angegriffenen den Frieden zu sichern. Ob es ihm gelingen wird, bleibt dahingestellt. Immerhin ist er vor dem japanischen Imperialismus zurückgewichen, er hat seine früheren Beschlüsse vom September und November verleugnet, auf die Feststellung eines Termins für die Räumung verzichtet. Der Völkerbund, in dem die imperialistischen, in China „interessierten“ Großmächte maßgebend sind, konnte

Kreismitgliederversammlungen

Heute, Mittwoch, den 16. Dezember, 19½ Uhr:

1. Kreis Mitte. Hadercher Hof, Rosenthaler Str. 40/41. — Referent: Vorsitzender des Landarbeiterverbandes Georg Schmidt, M. d. R.
4. Kreis Prenzlauer Berg. Großer Saal des Saalbau Friedrichshain, Am Friedrichshain 116-123. — Referent: Parteivorstand Arthur Crispian, M. d. R.
5. Kreis Friedrichshain. Andreasstraße, Andreasstraße 21. — Referentin: Frau Clara Bohm-Schuch.
6. Kreis Kreuzberg. Rabes Festhalle, Fichtestr. 29. — Referent: Carl Hilde, M. d. R.
7. Kreis Charlottenburg. Zürliches Zell, Berliner Str. 53. — Referent: Dr. Böller, M. d. R.

Morgen, Donnerstag, den 17. Dezember, 19½ Uhr:

15. Kreis Treptow. Lokal „Zum Ruffhäuser“, Niederschönemelde, Berliner Str. 91 — Referentin: Rathilde Wurm, M. d. R.

17. Kreis Lichtenberg. 19 Uhr im Cäcilien-Oratorium, Rathausstr. — Referent: Dr. Kurt Löwenstein, M. d. R. — Titularkontrolle: 119. Abteilung.

Freitag, den 18. Dezember, 19½ Uhr:

3. Kreis Wedding. Pharusale, Müllerstr. 142. — Referent: Dr. Julius Moses, M. d. R.
8. Kreis Spandau. Selb' Festhalle, Schützenstr. 2-4. — Referent: Gerhard Seiger, M. d. R.
9. Kreis Wilmersdorf. Viktoriagarten, Wilhelmstraße 114/115. — Referent: Friedrich Stampfer, M. d. R.
12. Kreis Steglitz. Richterlicher Festhalle, Zehlendorfer Str. 5. — Referent: Franz Künzler, M. d. R.
13. Kreis Tempelhof. Birkenwäldchen, Tempelhofer Promenade. — Referentin: Mathilde Wurm, M. d. R.
14. Kreis Neukölln. Bergschloßhöhe, Karlsgartenstr. 6-11. — Ref.: Kurt Helmig, M. d. R. Achtung, Kreisfunktionskonferenz.
16. Kreis Köpenick. Stadttheater, Köpenick, Friedrichstr. 6. — Referent: Dr. Kurt Löwenstein, M. d. R.

Thema in allen Versammlungen:

„Die politische Lage und die neue Notverordnung“

Das Parteimitgliedsbuch ist in allen Versammlungen zur Kontrolle vorzuzeigen.

sich gegen Japan nicht durchsetzen. Vielleicht wollte er auch nicht Japan, Amerikas Rivalen im Stillen Ozean, am Vorabend der Abrüstungskonferenz verärgern. Vielleicht wollte er nicht seine eigene Ohnmacht einer Großmacht gegenüber betonen. Der Leidtragende ist allerdings das schwache China.

Nicht zu seiner Entschuldigung oder Entlastung, sondern der Wahrheit halber muß festgestellt werden, daß der Völkerbund bei der Beflegung des japanisch-chinesischen Konflikts in einer Atmosphäre der allgemeinen Gleichgültigkeit gearbeitet hat. Durch die Wirtschaftskrise und die inneren politischen Kämpfe und Sorgen abgelenkt, hat das Weltproletariat dem kriegsgefährlichen Konflikt im Fernen Osten nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt. Es ist indes klar, daß dieser Konflikt auch für Europa von schicksalsschwerer Bedeutung zu werden droht. Hinter dem japanisch-chinesischen Konflikt steht der japanisch-amerikanische Wettbewerb um die Mandchurei. Wie auch der japanisch-chinesische Konflikt enden mag, die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Japan und Sowjetrußland bleibt ein ungewisses und kriegsgefährliches Ergebnis. Es genügt die Sowjetpresse zu lesen, um diese gefährliche Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Rivalen im Fernen Osten festzustellen. Zwar bekennt die Sowjetdiplomatie, daß Sowjetrußland die Politik der strengsten Neutralität im japanisch-chinesischen Konflikt bewahre, aber sie denkt gar nicht daran, den von der Sozialistischen Internationale noch im Jahre 1929 vorgezeichneten Weg des Verzichtes auf die zaristisch-imperialistische Erbschaft in der Mandchurei zu betreten, um damit die Kriegsgefahr — wenigstens für Rußland — im Fernen Osten aus der Welt zu schaffen. Der japanische Militarismus tut seinerseits alles, um die Spannung zwischen den beiden Rivalen in der Mandchurei zu vergrößern.

Diese schleunige Beflegung des japanisch-chinesischen Konfliktes ist deshalb nicht nur für China, sondern auch für Sowjetrußland wünschenswert. Für China ist es eine Lebensfrage. Die Lokalisierung des Krieges würde sicher die Niederlage Chinas bedeuten. Eine militärische Intervention zugunsten Chinas — gleichviel von welcher Seite sie kommen würde — könnte der Auftakt zu einem neuen Weltkrieg und der Herrschaft am Stillen Ozean sein. Beide Perspektiven sind für den Weltfrieden, für die Menschheit ein ungeheures Unheil.

China steht am Scheideweg. Seine innerpolitische Entwicklung hängt zum großen Maße von seinem außenpolitischen Schicksal ab. Der Sturz Tschiangtschais kann nur dann zum Ausgangspunkt einer friedlichen demokratischen Entwicklung werden, wenn das Kriegsgespenst, das die nationalen Leidenschaften und den Fremdenhaß in China jetzt ins Unermessliche aufpaukt, gebannt wird. Jedes Kriegsabenteuer gegen Japan würde nach dem vorhandenen Kräfteverhältnis nicht zur Befreiung, sondern zum Zerfall Chinas führen.

Was wird an Stelle der Diktatur Tschiangtschais treten? Eine einheitliche Nationalregierung, die die Ausöhnung zwischen Kanton und Nanjing endlich herbeiführen wird? Wechselt nur die Person oder auch das System?

Nur eine kühne, ehrliche und folgerichtige Aufbauarbeit auf dem Gebiet der Agrar- und Sozialpolitik, nur die entschiedene Demokratisierung Chinas kann seine Einheit untermauern, das ewige Generalsgegnäht aus der Welt schaffen und dem in Zentral- und Süchina tobenden Bauernkrieg ein Ende machen.

Ein Drittel der Menschheit ringt im Fernen Osten um menschenwürdige Existenzmöglichkeiten. Die Sympathien der westeuropäischen Arbeiterschaft gehören dem chinesischen Volke, insbesondere dem jungen chinesischen Proletariat, das zum Sieg der Revolution sozial beigetragen hat und das von dem ehemaligen Revolutionsführer Tschiangtschaisel so niederträchtig betrogen und unterdrückt wurde. Die zögernden und unzulänglichen Beschlüsse des Völkerbundes sind nicht geeignet, die Arbeiterschaft Europas zu beruhigen. Die Kriegsgefahr im Fernen Osten ist noch nicht gebannt. Gerade jetzt, am Vorabend einer inneren Wendung in China, gilt es die alte Losung zu erneuern: „Hände weg von China!“

Sturm auf das Außenministerium.

Nanking, 13. Dezember.

Gleichzeitig mit der Abdankung Tschiangtschais kam es in Nanking wiederum zu schweren Studentenunruhen. Etwa 1000 Studenten, die gegen die Haltung der chinesischen Regierung auf der Pariser Ratstagung protestierten, türmten das Außenministerium und legten in mehreren Räumen, darunter auch in dem Büro des Außenministers, Feuer an. Die Räume brannten vollkommen aus. Darauf zogen die Studenten vor das Zentralbüro der Kuomintang, wo die Fenster Scheiben eingeworfen wurden. Wehrlos wurden Polizeiwachen von der wilden Menge entwaffnet. Die Kundgeber verlangten Tschiangtschaisel zu sprechen, der darauf durch einen Vertreter mitteilen ließ, daß er unerschütterlich sei. Der Vertreter wurde darauf angegriffen und trug mehrere Verletzungen davon. Später kam es zu einer Schießerei zwischen den Studenten und der Polizei, wobei mehrere Personen verletzt wurden.

Nationalbolshewistische Forderungen der chinesischen Studenten

Schanghai, 15. Dezember.

Die chinesischen Studenten haben am Dienstag dem Marschall Tschiangtschaisel acht Forderungen übermittelt: 1. Einberufung der chinesischen Nationalversammlung; 2. Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Japan; 3. Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit Rußland; 4. sofortige Entlassung des Marschalls Tschiangtschaisel von seinen sämtlichen Ämtern; 5. sofortige weitere Maßnahmen, daß Japan das besetzte Gebiet in China räumen soll; 6. sofortiges Aufstellen einer Armee für den Kampf gegen den japanischen Imperialismus; 7. sofortige Entlassung des chinesischen Außenministers Dr. Ku; 8. die chinesische Nationalversammlung hat sofort Befehle zu erteilen für den Kampf des wirtschaftlichen Widerstandes gegen Japan. Die chinesischen Studenten erklären, daß sie, wenn diese Forderungen nicht durchgeführt werden sollten, die russische Staatsangehörigkeit erwerben wollen.

Schneiders Eltern sagen aus.

Aber die Mörder und ihre Freunde bleiben vergnügt.

Fast noch schlimmer als die Bluttat in der Hufelandstraße ist das Verhalten der Täter vor ihren Richtern. Vielleicht vergeht ihnen das freche Lächeln, wenn das Gericht zum letzten Male mit dem Urteil den Gerichtssaal betritt; selbst der Schmerz der Eltern des Ermordeten vermag nur für wenige Augenblicke die frohe Stimmung der Angeklagten zu bannen. Dem Lachen der Gesinnungsgenossen der Mörder im Zuhörerraum kann aber auch die wiederholte zornige Rüge des Vorsitzenden nur mit Mühe Einhalt tun. Das also sind die Jünger und die Begründer des allseitig machenden Dritten Reiches, die Befreier Deutschlands. Wehe, wenn sie Gewalt über Tod und Leben ihrer Mitbürger erheben!

Es liegt eine einfache Größe in der Haltung des Eisernpaars im Gerichtssaal. Nur für einen Augenblick verlagte dem Vater die Stimme, und die Mutter vergoß selbst dann nur laulose Tränen, als die Schilderung der Zeugen von der Ermordung ihres Sohnes in ihr die Erinnerung an jenen Morgen allzu schmerzhaft erlischen ließ. Die Braut des Getöteten gab aber ihrem Schmerz auch im Gerichtssaal in immer wiederkehrendem Schluchzen freien Lauf. Ihr fehlt noch die Rufe der Jahre, um den Verlust stillschweigend zu tragen.

Aus dem Munde der Zeugen strömte aber die Wahrheit über die Ereignisse in der Silvesternacht. Friedliche Bürger hatten sich hier zur Wehr gesetzt; ein Gastgeber war bemüht, seinen Gästen die Bahn nach Hause freizumachen. Die Knüppel und Gegenstände in den Händen der sich zur Wehr Sehenden waren nichts anderes als Stöcke, Teppichlöffel und Stuhlbeine. Hätten sie dem Gegner wirklich Schlimmes zufügen wollen, gab es im Haushalt wohlgenug gefährliche Werkzeuge. Das Märchen vom Ueberfall des Reichsbanners auf die Nationalsozialisten entsappte sich als eitel Lug und Trug.

Die Mutter des ermordeten Willi Schneider, die 54jährige Frau Anna Schneider, ist noch eine rüstige Frau, mit einem Gesicht voll Güte und Intelligenz. „Ergählen Sie, was sich in der Silvesternacht zugetragen hat“, fordert sie der Vorsitzende auf. Und sie erzählt: wie man gemütlich Silvester gefeiert hat und wie Bruno Schneider in großer Erregung in den Zigarrenladen trat mit der Mitteilung, er sei von Nazis überfallen worden. Ihr Mann und sämtliche Gäste gingen hinaus, man sprach sich hier mit den acht bis zehn Leuten vom Lokal Krüschke aus, der Angeklagte Bressel benahm sich sehr passiv. Als es der Zeugin zu lange dauerte, sagte sie kurzerhand: „Unsere Verwandtschaft kommt wieder herein.“ Man begab sich zurück in den Laden und ließ die Salouise herunter. Damit war die Angelegenheit für die Familie Schneider und deren Gäste erledigt. Nicht aber für die Nazis. Sie lauerten uns vor dem Laden auf, sagte Frau Schneider; als Bressel auf die Straße hinaus trat, um nach Hause zu gehen, erhielt er einen Schlag. Unsere Männer, ungefähr 7 bis 8, liefen hinaus, mein Sohn Willi kam gleich darauf zurück, es fiel ein Schuß und er rief das Ueberfallkommando an. Reichsbannerleute kamen uns zu Hilfe, die Schlägerei dauerte draußen an, die Nazis wurden verjagt, die Straße war leer.

Ich sah mit meiner Schwester und meiner Schwägerin im Wohnzimmer; plötzlich hörte ich scharfe Tritte; ein Mann kam ganz frech ins Wohnzimmer herein, ging weiter zur Schlafkammer und auf den Korridor, kehrte in die Schlafkammer zurück, hob vom Bett das Jackett meines Sohnes, an dem ein Reichsbannerabzeichen steckte.

Ich fragte ihn, mit welchem Recht er zu uns in die Wohnung eingedrungen sei, was er hier wolle; er erwiderte: Das geht Sie gar nichts an, ich habe mir das Recht genommen. In diesem Augenblick kam Willi. Ich rief Willi zu, der Mann sei bei uns in der Wohnung gewesen. Willi hielt dem Manne vor, was er in der Wohnung wolle, er möge machen, daß er gehe;

in diesem Augenblick zog der Mann den Revolver aus der Tasche und schoß. Der Revolver war schußbereit, sonst hätte er nicht sofort schießen können.

Willi rief: „Mutter, mein Leib!“ schleppte sich bis zur Wohnungstür und brach hier zusammen.

Vorl.: Wo stand der Angeklagte Beder? Zeugin: Auf der Schwelle. (Beder hatte behauptet, auf der Straße gestanden zu haben. D. Berichterstatter.) Vorl.: Hat er den Revolver ganz kurz gehalten und losgeschossen? Zeugin: Ja! Vorl.: Hat Ihr Sohn etwas in der Hand gehalten? Zeugin: Nein! Vorl.: Ist er mit einem Stuhlbein in der Hand in den Laden getreten? Zeugin: Das habe ich nicht gesehen. Vorl.: Haben Sie zu gleicher Zeit einen zweiten Schuß gehört? Zeugin: Nein. Vorl.: Ist draußen jemand an der Stufe gestolpert? Zeugin: Nein.

Frau Schneider zeigt, wie sie, ihr Sohn und Beder gestanden haben. Ihre Darstellung stimmt mit der Schußrichtung überein. Die Verteidigung versucht, ihre wahrheitsgemäße Aussage zu erschüttern.

Es besteht kein Zweifel: der Angeklagte Beder hat ihren Sohn Willi erschossen.

Die nächste Zeugin ist die Braut des Ermordeten, Fräulein Scholz. Es ist ein schlankes, junges Mädchen, mit hübschem Gesicht, aus dem innerer Adel spricht. Es wird für sie dies Jahr eine schmerzliche Silvesterfeier werden. Je näher das neue Jahr heranrückt, desto stärker blutet die noch nicht vernarbte Wunde. Ihre Verrechnung dauert nicht lange. Sie schluchzt immerzu, man nimmt auf sie Rücksicht. Sie kann ja auch nicht viel zu der Schilderung der Mutter ihres ermordeten Verlobten hinzufügen.

Ja, der Mann, der ihn erschossen hat, kam sehr froh ins Zimmer, sah alle herausfordernd an, die Hände hielt er in der Tasche, der Revolver war schußbereit, er hatte von vorher die Absicht, einen jeden niederzuschleichen, der ihm entgegenzutreten würde. . . .

Ein wichtiger Zeuge ist Frh Heintich. Er hatte seine Braut nach Hause gebracht und wurde in der Hufelandstraße Zeuge der Schlägerei. Die Nationalsozialisten waren eben erst fortgedrängt worden, als ein neuer Trupp auf den Zigarrenladen zukam; er hörte gleich darauf schießen, neben ihm stand zufällig Graf; er wollte ihn zurückziehen, damit er nicht getroffen werde, aber schon hatte er eine Kugel weg und fiel zu Boden.

Der Zeuge hörte noch, wie jemand rief: Da haben wir den Verbrechten getroffen, dann sah er drei junge Leute fortlaufen.

Der Mörder des Graf muß sich unbedingt unter diesen jungen Leuten befinden haben; einer von den dreien hat eine Handbewegung in der Richtung zu Graf gemacht.

Rechtsanwalt Dr. Triebel unternimmt einen Versuch mit untauglichen Mitteln: „Am der Schuß nicht aus dem Schneiderschen Lokal?“ Ausgeschlossen! sagt der Zeuge, dann hätte ja eine Scheibe zertrümmert werden müssen.

Der 23jährige Frh Wegner, Gefangensbruder des ermordeten Willi, war gleichfalls Silvesterabend bei Schneiders. Seine Schilderung der Vorfälle jener Nacht ist besonders klar und eindeutig. Nachdem Basemald seine ersten Schläge bekommen hatte, kam er in den Laden zurück. Man diskutierte, wie man sich nun verhalten sollte, ein Teil der Gäste wollte durch den hinteren Ausgang den Heimweg antreten, Schneider sagte aber: Was, wir sollten in der freien Republik nicht ruhig nach Hause gehen können? Alle gingen auf die Straße und sahen sich hier einer Uebermacht von 20 bis 25 Personen gegenüber. Sicher wurde zu Boden geschlagen, der Zeuge, die beiden Brüder, Willi und Basemald eilten ihm zu Hilfe, die Nationalsozialisten waren mit verschiedenen Gegenständen bewaffnet. Wegner lief in den Laden zurück und suchte irgend etwas zur Abwehr, ergriff seinen Stock, der aber gleich darauf auf der Straße in Stücke ging. Als die Nazis zurückgedrängt wurden, hielt der Angeklagte Bressel seinen Revolver vor sich, als wollte er sagen: Zurück, oder ich schieße. Als Wegner zurückkam, standen vor dem Schneiderschen Laden wieder einige verdächtige Leute, er sagte zu seinem 19jährigen Bruder Rudi: Hakt dich bei mir, es ist hier wieder mulmig.

Der Zeuge hat durch die Ladentür genau die Szene beobachtet, wie Willi Schneider den Mann in der Lederjude zur Rede stellte, wie dieser seine Pistole zog und schoß.

Der Zeuge nahm vor dem Laden einen Nationalsozialisten fest, der aber später entkam. Auch dieser Zeuge wie sämtliche anderen Zeugen hat im Augenblick, als Schneider getroffen wurde, nur einen Schuß gehört, nicht aber zwei zugleich. Damit ist Kollah's Behauptung, auch er habe geschossen, widerlegt. Und ferner: dieser Zeuge wie auch alle anderen haben in Willi Schneiders Hand kein Stuhlbein bemerkt.

Der 19jährige Rudolf Wegner ergänzt die Aussage seines Bruders. Er will gehört haben, wie der Mann in der Lederjude zu Willi Schneider gesagt hat: Wenn du noch einen Ton sagst, kriegst du ein Ding ab.

Der Maurer Walter Heintich hatte bei seiner Tante Silvester gefeiert und war auf dem Nachhauseweg in das Reichsbannerlokal in der Altensteiner Straße eingedrungen. Der Kameradschaftsführer schickte ihn mit noch zwei anderen Reichsbannerkameraden in die Hufelandstraße, um zu sehen, was da los sei. 20 bis 25 Nationalsozialisten schlugen hier auf Schneiders Gäste ein. Da der Zeuge beim Zurückdrängen der Nazis seinen Siegelring verloren hatte, ging er später mit den beiden Brüdern Wegner und Willi Schneider die Hufelandstraße zurück. Vor dem Schneiderschen Laden standen wieder 8 bis 10 Nationalsozialisten und nahmen eine bedrohliche Haltung ein. Er trat zusammen mit Willi Schneider den Laden und wurde hier Zeuge, wie der Reichsbannermann Schneider erschossen wurde. Der Mörder hatte vor dem Schuß gesagt: Du Stroich, auf dich habe ich schon lange gewartet.

Der Vater Schneider gibt auf Vorhalt der zweifelnden Verteidiger eine ganz einfache Erklärung dafür, daß es gelungen sei, die Nazis zu verdrängen.

Es waren etwa 10 Reichsbannerleute zu Hilfe gekommen. Daraus mache ich gar kein Hehl, erklärte er. Ja, und den Küchenstuhl haben wir zerbrochen, um uns zu wehren. Die Reichsbannerleute wollten etwas in Händen haben.

Der Vertreter des Nebenklägers, R.-M. Dr. Joachim, stellte vor Schluß der Verhandlung neue Beweisanträge. Er beantragte die Ladung von drei Zeugen, denen die Angeklagten nach der Tat zugegeben haben, Willi Schneider erschossen zu haben; auch über den Fluchtplan haben sie mit den Zeugen gesprochen. Er beantragte ferner die Ladung von Stennes und des früheren Adjutanten des Oberführers Jansen, denen gegenüber die Angeklagten ihre Tat gleichfalls zugegeben haben und denen auch der feststehende Fluchtplan bekannt war.

Die Verteidiger erheben Einspruch dagegen, daß der Nebenkläger derartige weitgehende Anträge stellt; sie finden aber beim Vorsitzenden keine Gegenliebe. Der Staatsanwalt übernimmt die Anträge des Nebenklägers, das Gericht behält sich den Beschluß vor. Die Verhandlung geht heute um 10 Uhr weiter.

Gegen Reichstageseinberufung.

Der christlichsoziale Volksdienst zur Rotverordnung.

Ueber die Sitzung der Reichstagsfraktion des Christlichsozialen Volksdienstes wurde folgende Mitteilung ausgegeben:

Die Fraktion des Volksdienstes hat nach einem Bericht ihres Vorsitzenden Simepndörfer und nach eingehender Aussprache zu der vierten Rotverordnung und zu der politischen Lage Stellung genommen. Der Volksdienst betrachtet die Rotverordnung in erster Linie unter dem Gesichtspunkt ihrer Bedeutung für die Fortführung der Befreiungspolitik. Die zweifelslos vorhandenen Mängel der Rotverordnung zu beseitigen, wird der Volksdienst sofort die notwendigen Schritte unternehmen. Für die breitesten Volksschichten sind die ihnen neu zugeworfenen schweren Entbehrungen nur erträglich, wenn die Preisentwertung mit rückstandsloser Energie durchgeführt wird. Die zukünftige Haltung des Volksdienstes wird davon abhängen, ob die Regierung in den bevorstehenden außenpolitischen Kämpfen auch weiterhin den festen Willen erkennen läßt, die endgültige Befreiung von den Tributisten mit zelfarer Entschlossenheit und unbeugsamer Härte zu sichern. Solange das geschieht, kann die Regierung auf die Unterstützung des Volksdienstes rechnen. Von einer sofortigen Einberufung des Reichstages kann sich der Volksdienst nach allen bisherigen Erfahrungen eine Förderung des Freiheitskampfes nicht versprechen.

Fraktionsitzung des Zentrums.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat, wie sie mitteilt, in ihrer Sitzung am Dienstag den Bericht des Reichstanzlers Dr. Brüning und des Reichsarbeitsministers Dr. Stöcker wahr entgegengenommen. Die Aussprache ergab, daß die Fraktion geschlossen zur Politik des Kanzlers und der Regierung steht. Die Fraktion erwartet von den kommenden internationalen Verhandlungen, daß sie durch Befreiung Deutschlands von untragbaren Lasten die Grundlage zur Lösung der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise schaffen.

Geschlossenheit und Aktivität!

Die Forderung der Stunde — Ueberfüllte Mitgliederversammlungen der Berliner Sozialdemokratie

Gestern haben Berliner Sozialdemokraten in drei überfüllten Mitgliederversammlungen der Kreise Tiergarten, Schöneberg und Reinickendorf zu dem Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der neuen politischen Lage Stellung genommen. Die Haltung der Fraktion fand Verständnis und Anerkennung; der Wille zu Geschlossenheit und höchster Aktivität sprach aus allen Reden.

Disziplin, Einheit und Treue.

Bei den Sozialdemokraten des Kreises Tiergarten sprach in den überfüllten Armleuchterhallen Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Paul Herz. Nachdem Genosse Hennig auf den Ernst der Stunde hingewiesen hatte, führte Herz aus: Vielen Sozialdemokraten ist in den letzten Wochen die Frage aufgefallen, ob denn die Tolerierung noch einen Sinn hat. Muß man nicht nach gründlicher Prüfung der Dinge zu dem Schluß kommen, eigene Wege zu gehen? Wir freuen uns über die Notverordnungspolitik nicht. Wir tolerieren sie nicht um deswillen, was sie tut, sondern um deswillen, was sie unterläßt. Sie unterläßt es nämlich, den Nationalsozialisten die Macht im Staate zu überliefern. Die Notverordnungspolitik fällt nicht zu Lasten der Sozialdemokratie, sondern ist die Folge der Ohnmacht des vom Volk gewählten Reichstags. Wir verlangen in dieser Stunde zwei Maßnahmen von der Reichsregierung: Aktiven Kampf gegen die Nationalsozialisten und den möglichen Schutz der Arbeiterklasse gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Wir sind der Ansicht, daß der Kampf gegen den Faschismus nicht mit der nötigen Energie geführt wird, und wir glauben, daß bei dem Uniformerbot ein unerhörtes Unrecht gegenüber den Kämpfern der Republik begangen wird. Kann, wer die Republik schützen will, sie gefährden? Nein! (Stürmische Zustimmung.) Vor einer Stunde etwa hat mir der Vorsitzende unserer Arbeitersportler, Bildung, mitgeteilt, daß auch ihre Abzeichen unter die Bestimmungen des achten Teiles der Notverordnung fallen sollen. (Entrüstungsrufe.)

Auch die wirtschaftlichen Bestimmungen der Notverordnung sind nicht als der Weisheit letzter Schluß anzusehen. Als die Ueberwälzung aufgezogen und in den Jahren 1924 bis 1928 Schulden gemacht wurden, sah kein Sozialdemokrat in der Regierung. Wir übernahmen nach den Wahlen 1928 eine schwere Erbschaft. Die Wirtschaftskrise bei allen Völkern folgte. Steuern allein schaffen die Rettung nicht. Man schuf höhere Steuerjahre, aber erreichte nicht einen höheren Steuerertrag. (Sehr richtig!) Man schwenkt jetzt zwischen Ausgabenreduzierung und Geldentwertung, aber es geht unter gar keinen Umständen an, die Not zu einem Kauf gegen die Arbeiter auszunutzen. Es ist bezeichnend, daß der Preisentwertungskommissioner erklärt, daß er nicht für die Senkung der Preise, sondern nur für ihre Ueberwachung eingesezt sei. Gewiß sind manche Preise heruntergegangen, aber wesentlich ist, wie stark die Kaukraft der arbeitenden Massen sich darstellt. Auf diesem sehr wichtigen Gebiet scheint nichts getan zu sein. Lohnsenkung und Senkung in den Kosten der Lebenshaltung werden sich nicht die Waage halten. (Lebhafte zustimmende Zurufe.)

Wir stehen in der schwersten Stunde der deutschen Sozialpolitik, aber wir können sagen, daß wir schon jetzt verschiedene Bedrohungen abgewehrt haben. Das steuerliche Existenzminimum sollte auf eine niedrigere Stufe gesetzt werden. Das ist nicht gelungen, und die Ausschaltung der Gewerkschaften und des Staates auf der ganzen Linie, wie sie von den Gegnern erstrebt wurde, ist gleichfalls nicht erreicht worden. Ich glaube

nicht daran, daß die Notverordnung Brünings zu einer Gefundung der deutschen Finanzen führen wird, ich glaube vielmehr, daß sie von falschen Voraussetzungen ausgeht. Nach schweren Gemütskämpfen habe ich mich aber, vor allem, nachdem ich im Rheinland zahlreichen Mitgliederversammlungen der Partei bewohnte, dazu durchgerungen, für die Tolerierungspolitik gegenüber Brünings zu stimmen. Ich sage mir, daß in diesem Reichstag nur eine Mehrheit für ein Nein vorhanden ist, und ich frage mich, ob Jugenberg, Hitler und ihre Freunde überhaupt wählen lassen werden. Unser Kampf muß augenblicklich dahin gehen, Brünings zu bestimmen, die Preisentwertung mit der Lohnentwertung auf den gleichen Standard zu bringen. Für uns heißt es, drei Eigenschaften zu zeigen: Disziplin, Geschlossenheit und Treue! (Lebhafte Beifall!)

Das Gebot der Stunde: Einigkeit.

In Schöneberg sprach Hans Vogel. Nach einer längeren Darstellung des Kampfes der Sozialdemokratie um Demokratie und Republik seit Ausbruch des Weltkrieges sagte er: Auch heute ist es eine dringende Notwendigkeit für die Partei, den Kampf um

die Demokratie in den Mittelpunkt zu stellen. Und wenn wir noch so sehr über die Notverordnungspolitik Brünings und die dadurch hervorgerufene verschlechterte Lebenshaltung verbittert sind, so müssen wir uns doch darüber klar sein, daß eine Nazidiktatur eine viel größere Verschlechterung gebracht hätte. In dieser Erkenntnis haben wir Brünings toleriert, nicht weil wir besonderes Vertrauen zu Brünings haben, sondern weil wir mit dem größten Mißtrauen gegen die nach einem Sturz Brünings kommende Regierung erfüllt sind. Dieser Gesichtspunkt hat die Fraktion veranlaßt, den Beschluß gegen die Einberufung des Reichstages zu fassen.

In den Verhandlungen, die von uns vor Bekanntgabe der Notverordnung mit Brünings geführt wurden, hatte uns Brünings weitgehende Zugeständnisse für die Sicherstellung der Lebenshaltung des Arbeiters gemacht. Nach der Bekanntgabe erklärte er auf unsere Vorhaltungen, daß ein Festhalten an diesen Zugeständnissen kein Kabinett auseinandergerissen hätte. Die Abkist dieser Notverordnung ist vor allem die Lohnsenkung. Die Regierung glaubt damit, dem Auslandsmährungsbumping begegnen zu können. Nach der Auffassung unserer Fraktion ist das

Verkehrsverbilligung ab 1. Januar

BVG.-Aufsichtsrat tagt heute — Berufsverkehr muß billiger werden!

Heute tritt der Aufsichtsrat der Berliner Verkehrs-Gesellschaft zusammen, um über die Einzelheiten und die Durchführung der vorgeschlagenen Verbilligung des Verkehrsstarifes zu beraten. Bei den Besprechungen, die zwischen dem Preis-Kommissionar Dr. Goerdeler und Bürgermeister Dr. Elias stattgefunden haben, spielte der Erfolg der von Berlin bisher aufgetragenen Beförderungsteuer, die rund 7 Millionen Mark ausmacht, eine ausschlaggebende Rolle. Es ist jetzt als sicher anzunehmen, daß der Reichsfinanzminister der Stadt diese Steuer in voller Höhe erlassen wird. Der Aufsichtsrat der BVG. wird heute kaum zu einem endgültigen Beschluß kommen, weil die vorliegenden Entwürfe über die Umgestaltung des Tarifes noch eingehender Nachprüfung bedürfen. Ueber die zweckmäßigste Art der Verbilligung bestehen noch verschiedene Auffassungen. Außerdem darf man die finanziellen Auswirkungen einer Tarifverbilligung auf den Etat der BVG. nicht zu gering einschätzen. Für das laufende Jahr geben die Einnahmeschätzungen die Summe von 186 Millionen Mark an. Man rechnet damit, daß die Einnahmen im Jahre 1932 noch weiter zurückgehen werden und läßt für auf 160 Millionen Mark. Eine zehnprozentige Herabsetzung der Fahrpreise würde also für die BVG. einen Einnahmeausfall von 18 Millionen Mark bedeuten.

Bei der Verbilligungsaktion muß in erster Linie der Berufsverkehr berücksichtigt werden.

Der Plan, die schon jetzt sehr stark benutzte Sammelkarte weiter im Preise herabzusetzen, oder eine Karte auszugeben, die bei einem Preise von einer Mark zu sechs Fahrten berechtigt, dürfte deshalb die meisten Befürworter finden. Zur Zeit entfallen auf die Sammelkarte bei der Straßenbahn ungefähr 38 Proz. aller Fahrten, bei der U-Bahn kommen 42 Proz. der Fahrten auf die Sammelkarte. Andere Vorschläge gehen auf eine Herabsetzung des Fahrpreises für die Einzelfahrt aus und möchten den Preis für die

Monatskarten um 10 Proz. reduziert sehen. Als sicher gilt, daß der verbilligte Tarif der Verkehrs-Gesellschaft ab 1. Januar in Kraft treten wird.

Oberbürgermeisterbrief an die Fraktionen.

Zwischen der Stadtverordnetenversammlung und dem Oberbürgermeister Dr. Sahm bestanden Meinungsverschiedenheiten über die Zuständigkeit eines von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzten Ausschusses, der die Unterbringung, Behandlung und Verpflegung Berliner Fürsorgezöglinge in städtischen und nichtstädtischen Anstalten kontrollieren sollte. Der Ausschuss hat seine Arbeit noch nicht aufgenommen, sondern in seiner letzten Sitzung beschlossen, das vorliegende Material der Wohlfahrts-Deputation zur Prüfung zu überweisen. Darauf hat jetzt der Oberbürgermeister an alle Stadtverordnetenfraktionen ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, daß dieser Beschluß des Ausschusses ihn einer weiteren Beanstandung entbehe. Dr. Sahm weist darauf hin, daß die Wohlfahrts-Deputation gemeinsam mit dem Verwaltungsausschuss des Landesjugendamtes sich bereits eingehend mit den Fragen der Jugendfürsorge beschäftigt und weiter beschäftigen wird.

Für Mietentung beim Ledigenheim.

Um den vielfach in Bedrängnis lebenden Bewohnern des Ledigenheims am Brunnenplatz eine kleine finanzielle Entlastung zu verschaffen, wird heute die sozialdemokratische Bezirksverordnetenfraktion in der Weddingener Bezirksversammlung eine Anfrage einbringen, in der Auskunft darüber verlangt wird, ob das Bezirksamt bereit ist, auch im Ledigenheim eine Senkung der Mieten um 10 Proz. vorzunehmen und zu welchem Zeitpunkt die Mietentung in Kraft treten soll.



„Es ist kein Wahnsinn, Mutter, aber es ist die Grenze. Die Grenze zwischen dem Eingezäumten und dem Chaos, zwischen Mensch und Tier, zwischen der Welt der Vernunft und den dämonischen Mächten. Aber mundert dich das? Kann dich das erschrecken? Hast du vergessen, daß auch der Krieg auf dieser Grenze liegt, daß er alle Grenzpfähle ausgerissen und zertrümmert hat? Er hat vier Jahre lang die Menschheit den Dämonen ausgeliefert, er hat denjenigen mit Kriegszeichen geschmückt, der das Tier in sich am hemmungslosten wüten ließ, der die meisten Menschen tötete und die meisten Werte zerbrach und vernichtete. Ich will damit die nicht schmähen, die gezwungen oder in gutem Glauben auf allen Fronten da draußen Aug in Auge mit dem Tod gestanden haben, denn auch Walter gehört ja zu ihnen. Aber niemand darf sich wundern, wenn ein Mensch, der so wenig Tierhaftes in sich hat wie Walter, diesen Einbruch ins Chaotische nicht einfach in sich auslöschen kann.“

Frau Loriot preßte die Arme fest an ihren Körper. „Mich friert, obwohl die Sonne scheint“, sagte sie, „ich kann hier nicht mehr sitzen. Wir wollen hinein gehen.“ — „Ja, Germaine, du magst recht haben in allem, was du sagst. Ich habe das noch nie so durchgedacht, aber wenn ich dich höre, dann verstehe ich Walter und kann mich in alles hineinfinden. Aber trotzdem wollen wir mit dem Arzt darüber sprechen, denn das ängstigt mich mehr als alles andere.“

Walter sah aufrecht im Bett, als Mutter und Schwester bei ihm eintraten. Er sah entschlossen, verbissen aus. „Rufe Dr. Heinn an, Germaine“, sagte er, „ich habe das satt. Diese Quälerei halte ich nicht mehr aus. Ich werde einfach verrückt. Sag ihm, er solle herüber kommen, ich hätte mich entschlossen, so bald wie möglich in ein Krankenhaus oder eine Klinik zu gehen und eine rasche Entziehungskur zu machen. Ich will nicht mehr hier liegen — ich will gesund sein, und zwar so schnell wie möglich.“

Germaine hatte schon den Hörer in der Hand. Ihr Gesicht bekam einen glücklichen verklärten Ausdruck.

„Was sagt er dann?“ fragte Walter ungeduldig. Endlich legte Germaine den Hörer ab. Mit raschen Schritten ging sie auf den Bruder zu und küßte ihn.

„Walter“, sagte sie, „er wollte es erst gar nicht glauben. Er sagt, das sei das beste Zeichen für deine Widerstandskraft, für alle gesunden Kräfte in dir. Er meint erit, wir hätten dich vielleicht dazu überredet, und als ich das natürlich verneinte, da sagte er wörtlich: Wenn dieser Entschluß, freiwillig jetzt schon in eine Klinik zu gehen, wirklich aus ihm allein kommt, dann ist er schon über den Berg, dann kann man ihm nur von Herzen gratulieren. Er kommt gleich selbst!“

Auch Frau Loriot sah neu belebt auf den Sohn. „Ach, Walter, eine größere Freude könntest du mir nicht machen! Dann ginge mein innigster Wunsch in Erfüllung!“

Walter lächelte. „Wird schon werden, Mama! Aber wird es denn nicht zu teuer für uns werden? Jetzt, wo Köchlin ausgezogen sind und wir die Zimmer frei haben — seit wann find sie eigentlich weg? Ich habe sie hier überhaupt noch nicht gesehen!“

„Sie waren ja immer im Ausland und kamen nur zwischen zwei Reisen einmal hierher — ich muß sagen, ich habe mich gewundert, daß sie nicht schon längst gekündigt haben“, erwiderte die Mutter.

„Ja, Krieg und Inflation sind vorüber — die letzten Jahre sind zu Ende“, fügte Germaine spöttisch hinzu. „Ich bin übrigens sehr froh, daß sie weg sind. Und wir haben schon wieder Mieter, Walter. Eine sehr nette, ältere Kollegin mit ihrer Schwester wird den zweiten Stock nehmen. Du kannst also ganz beruhigt sein, die Mittel werden wir schon aufbringen. Aber es lautet, das ist Doktor Heim. Ich werde öffnen.“

Im Schulhof der höheren Mädchenschule lag eine dicke Schneedecke. Nur ringsum im Kreise führte ein breiter, trockener Saum. Der Schuttdiener hatte ihn schweigend und leuchtend sauber gefegt und den Schnee nach der Mitte hin aufgeschichtet. Es war der Weg, auf dem die Schülerinnen während der großen Pause zu promenieren hatten.

Säuberlich und ordnungsgemäß je vier und vier — so wollte es die Schulordnung, und allwöchentlich übernahm ein anderes Mitglied des Lehrerkollegiums die Aufsicht darüber, daß die Vorschriften auch pünktlich eingehalten wurde. Denn hier wandelten die Schülerinnen unter den Augen der Dienstpflichtigen, und man durfte mit Zug und Redt von heranwachsenden höheren Töchtern ein sittliches Betragen erwarten, dafür bezahlte man sein teures Schulgeld und ließ

feinen Kindern eine wirkliche Bildung angeeignen. Und wie sollte sich diese Bildung nach außen hin anders dokumentieren, als in einem einwandfreien, einer festgefügtten Ordnung entsprechenden Benehmen? Was es eine eindringlichere Ergänzung zur Staatsbürgerkunde, eine bessere und einfachere Belehrung darüber, was ein junger, heranwachsender Mensch unter Einordnung in die Gemeinschaft des Staatslebens zu verstehen hatte? —

Aber es war der erste Schnee heute! Der allererste Schnee dieses Jahres! Und er war so unerwartet gekommen! Morgens, als man zur Schule ging, lag ein grauer, regnerischer Himmel über der Stadt, in der Ferne waren Wälder und Gebirge in diesen Nebel eingehüllt. Aber zwei Stunden später wirbelte vor den Schulfenstern plötzlich etwas Weißes durch die Luft. Man traute seinen Augen nicht. Die kleinen Mädchen in Da und b redeten die Hälse. Das war doch — aber natürlich, kein Zweifel, das waren Schneeflocken, die da am Schulfenster herumtanzten, und „Fräulein, es schneit!“ tief mitten in die Rechenstunde ein fröhliches Stimmchen, um dann erschreckt zu verstummen und die Augen wieder den roten und schwarzen Kugeln der Rechenmaschine zuzuwenden.

Weiter oben, in 3 und 2 oder gar in 1, der Abschlußklasse, sagte man so etwas zwar nicht mehr laut. Man war ja kein kleines Mädchen mehr. Aber man knuffte sich verstohlen und nickte sich zu, und Ilse Wendler, das entant terrible in 1b, die in der letzten Bank sitzen mußte, weil sie schon wieder was verübt hatte, verpeiste in der Geographiestunde ihr ganzes Weiperdrot, indem sie, gedeckt durch die vorderen, heimlich unter die Bank kroch und dort große Brocken würgte. Denn sie lagte sich in weiser Voraussicht, daß in der Pause ein paar Mutige mit ihr aus dem Schulhof entwichen und in einer Nebenstraße eine rechtshaffene Schneeballschlacht liefern würden.

War es also verwunderlich, daß heute die Schulordnung schände mißbraucht wurde? Daß eine Herde schreiender, quetschender, jubelnder Mädchen sich im Schnee wälzte, daß Schneemänner gebaut und ganze Ladungen weißer Flocken zu Schneeballschlachten verweert wurden? Bald war der schon gefegte Saum, das mühlame Werk des Schuttdieners, wie das schwarz und weiß geprenkelte Fell eines Katers anzusehen. Die Wädel aber waren wie außer Rand und Band. Sie hatten alles, was Schule und Elternhaus ihnen eingepflanzt, was Schulordnung, Ermahnungen und Strafen angebroht hatten, einfach vergessen.

(Fortsetzung folgt.)

ein Fehlschluß. Der zweite Teil ordnet eine Preissenkung an, die zu einer Senkung der Lebenshaltungskosten um etwa 7½ Proz. führen kann, weiter ist durch eine Zinssenkung auch eine Befebung der Wirtschaft möglich. Die Notverordnung legt die Lohnhöhe unabänderlich bis April 1932 fest.

Unsere Stellung zu der letzten Notverordnung ist eine wesentlich andere als zu den bisherigen. Sie bringt manche Vergünstigungen. Durch ihre Ablehnung hätten wir unseren Gegnern billiges Agitationsmaterial in die Hand gegeben. Für den Fall einer Reichstagsmehrheit gegen die Notverordnung hätte Brünning bereits die Zustimmung des Reichspräsidenten zur Auflösung des Reichstages erhalten. Aber eine Neuwahl würde heute keineswegs eine Besserung bringen, eher eine nationalsozialistische Regierung, zu der wir zwar in schärferer Opposition stehen könnten, unter der wir aber unsere Bewegungsfreiheit überhaupt verlieren würden. Die Folgen für die Preußenwahlen und die im März stattfindenden Reichspräsidentenwahlen würden nicht ausbleiben, ja, man darf bezweifeln, ob es dann überhaupt noch zu Wahlen kommen würde. Und wenn die Partei durch die Tolerierungspolitik geschwächt wird, so ist eine geschwächte Sozialdemokratische immer noch besser als eine von einer nationalsozialistischen Regierung verbotene Sozialdemokratische Partei. Weiter aber hätte eine Auflösung des Reichstages Devisenflucht, Zurückziehung der Kredite und letzten Endes Inflation bedeutet, die ungleich schwerer von der Arbeiterschaft zu ertragen wäre als die jetzige Notverordnung. Wenn die Faktion auf Einberufung des Reichstages verzichtet, so tut sie das, indem sie gleichzeitig dringend auf die Durchführung der Preissenkung besteht und die Partei wird dabei um so erfolgreicher sein, je mehr die einzelnen Parteigenossen geschlossen hinter der Partei stehen. Einigkeit ist das dringende Gebot der Stunde. (Starker Beifall.)

Hilfer, der Popanz der Schwerindustrie.

In Reinickendorf sprach Franz Künstler. Er ging im ersten Teil seines anderthalbstündigen Referats auf die Ursachen der heutigen wirtschaftlichen Krise ein. Die Aufgabe, die der deutschen Arbeiterschaft aus den augenblicklichen Verhältnissen erwächst, ist keine spezifisch deutsche, sondern eine internationale von allergrößtem Ausmaß. Es kommt alles darauf an, die Forderungen zu schlagen, denn ein Sieg der Hitlerleute würde Deutschland in den Bürgerkrieg stoßen und Europa in eine Kette von Krisen verwickeln. Der Zustrom zu Hitler ist nur aus der Verzweiflung zu erklären, die die Wirtschaftskrise erzeugt hat. Die europäischen Völker haben infolge des Krieges einen großen Teil ihrer ausländischen Absatzgebiete verloren und doch sind sie auf den Außenmarkt angewiesen. Die Forderung nach nationaler Selbsthilfe, nach Autarkie, die die Hugenberg und manche „Wirtschaftsführer“ erheben, ist unter Berücksichtigung der weltwirtschaftlichen Verflochtenheit geradezu unsinnig.

Im Zusammenhang damit wird von den Reaktionen die Forderung der Arbeitsdienstpflicht erhoben. Ihre Einführung würde manchem die Augen öffnen, der heute den Reaktionen nachläßt. Das Volk muß begreifen, daß Hitler nichts weiter ist als der Popanz der Schwerindustrie. Die taiferlichen Prinzen werden dem ehemaligen Anführer Hitler nur so lange die Hand drücken, als er für die Pläne der Reaktion zu gebrauchen ist. (Zustimmung.) Das Ziel der Nazis ist die Zerschlagung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Aber die Sozialdemokraten und die freigewerkschaftlichen Arbeiter werden in der Stunde der Not ihre Fäuste zu gebrauchen wissen. Sie werden mit den Offizieren und Heimkriegern gehörig abrechnen, wenn man sie dazu zwingt. Dann wird vielleicht der Zeitpunkt gekommen sein, wo wir vieles fortriggieren können, was wir 1918 veräumt haben. (Stürmischer Beifall.) Kommt es aber zu einer solchen Auseinandersetzung, so muß die deutsche Arbeiterklasse politisch und moralisch einwandfrei dastehen.

Aus dieser moralischen Verantwortlichkeit heraus ist auch die Haltung der Reichstagsfraktion zu der neuen Notverordnung zu verstehen. Künstler erinnerte daran, daß die erste Notverordnung Brünning von der Sozialdemokratie abgelehnt wurde, und daß die Mehrheit des deutschen Volkes in der darauffolgenden Reichstagswahl gegen die Sozialdemokratie entschieden hat. Die bisherige Politik der Fraktion hat sich im Hinblick auf Harzburg und Braunshweig als richtig erwiesen. Man darf auch die Erfahrungen der italienischen Parteigenossen nicht vernachlässigen. Der Berliner Bezirksvorsitzende einschließend der Kreisleiter hat erklärt, daß die Notverordnung hinsichtlich ihrer Eingriffe in das Tarifrecht und in die Sozialversicherung untragbar sei. Und auch der Genosse Weis hat sich diese Auffassung zu eigen gemacht und sich mit Brünning in dieser Frage ins Benehmen gesetzt. Rüge kommen, was da wolle, über alles geht die Einheit und Geschlossenheit der Partei. Wir alle sind eine Schicksalsgemeinschaft, die auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden ist. Die Ausführungen Künstlers wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Die ungerechte Bürgersteuer.

Aus Vorkreisen wird uns geschrieben: Bei der Zustellung der Steuerkarten, die dieser Tage erfolgte, wird es wohl überall lange Gefächler gegeben haben, als man sich nämlich die vierte Seite der Karte ansah und die hohe Summe der zu zahlenden Bürgersteuer entdeckte. Diese Steuer wird nämlich nach dem Einkommen von 1930 erhoben. Im Jahre 1930 arbeiteten noch sehr viele Frauen von kleinen Beamten, Angestellten und von Arbeitern mit, auch stieg der Lohn- und Gehaltsabbau noch in den Anfängen. Weil diese Frauen aber verheiratet sind, wurden die meisten von ihnen abgebaut; abgebaut wurden auch Lohn und Gehalt. Nicht einmal, nein zwei- und dreimal. Nach dem Ausfall des Verdienstes der Ehefrau und des Lohn- und Gehaltsabbaues wird die Bürgersteuer von vielen als unerträglich und ungerecht empfunden.

Schweres Einsturzungsloch in Thorn. Beim Einsturz einer neu erbauten Mauer des städtischen Schlachthauses wurden sechs Arbeiter verschüttet. Obwohl es gelang, sämtliche Verschütteten noch lebend aus den Trümmern zu bergen, erlagen zwei von ihnen später ihren Verletzungen.

Der Verband deutscher Geschichtslehrer, Ortsgruppe Berlin, veranstaltet heute, 20 Uhr, in der Aula des Gymnasiums zum Grauen Kloster in der Klosterstraße einen Aussprachabend über den Geschichtsunterricht im neuen Staat. Vortragender ist der Reichstagsabgeordnete Genosse Otto Landsberg.

Heber den landwirtschaftlichen Volkstreckungslehre in der neuen Notverordnung spricht Ministerialrat Dr. Quasthoff heute, Mittwoch, den 16. Dezember, abends 7 Uhr, für alle deutschen Sender. Das „Stimme zum Tag“ läßt aus.

Schön 65. Schwerlosig befehl heute, am 16. Dezember, Genosse Hermann Müller von der 31. Abteilung. Seit 1898 ist Genosse Müller Parteimitglied, von 1908 bis 1917 war er Kohlerer und Sekretär im 6. Berliner Reichstagswahlkreis und von 1919 bis 1925 Berliner Stadtverordneter. Dem treuen, bewährten Genossen gelten unsere besten Wünsche.

Revolte der Hitler-Burschen

SA.-Leute prügeln sich blutig — Interessantes aus dem Sturm 24

In der Berliner 8000 Mann starken SA., der Privatarmee des Herrn Hitler, schweigt es bedenklich. Die SA.-Leute sitzen ebenso unaktiv wie totendurstig in ihren Unterküsten; ausgepölselt durch die hemmungslöse Sprache ihrer Führer — aber die große Aktion will nicht kommen. Andere Dinge spielen hinein: der „Bonzenapparat“ der NSDAP, bläht sich immer mehr auf, während die SA.-Leute viermal in der Woche mit knurrendem Magen zu ihren militärischen Übungen antreten müssen. Laut und vernünftig wird über diese Unterdrückung gemurrt. Unter den Rebellen im Sturm 24, der in der Gegend der Gneisenaustraße zu Hause ist, gab Harzburg den Ausschlag. Verschiedene SA.-Leute vom Sturm 24 waren mit nach Harzburg gefahren und sahen, wie alle Phrasen von der Verbundenheit zwischen Mann und Führer eitel Lug und Trug sind. Während sich die Führung wie Feudalherren gebärdete, behandelte man die Leute wie Ruchkoten. Die Wirkung blieb nicht aus.

Als der Truppführer Fritz Günther aus Harzburg zurückkehrte, ließ er dem ideologischen Bruch den organisatorischen folgen: mit 64 Gleichgesinnten verließ er den Sturm 24. Anfänglich suchten die 64 Abtrünnigen nicht recht wohin. Ein Teil wollte zur verhassten „Komune“, wie einige Tage vorher zwei Unterführer der Hitler-Jugend. Andere verhandelten mit Stennes, dem man den Vorwurf machte, seinerzeit ein halbes Jahr zu früh losgeschlagen zu haben. Er hätte bis zum Januar 1932 warten sollen und der erdrückende Teil der Berliner SA. wäre Stennes gefolgt, da man das „Bonzenregime“ satt habe. An der Person Otto Straßers, den man für einen verkappten Bolschewisten erklärte, scheiterten die Verhandlungen. Der Führer Günther gründete deshalb die Vereinigung „Kameradschaftliche Soziale Hilfe“. Man mietete sich einen Laden, richtete ihn als Heim ein und schuf so eine neue Konkurrenz zur offiziellen SA. Hitlerscher Richtung.

Run beginnt ein ganzer Roman zu spielen. Der Hauptakteur dabei ist ein gewisser Werner Richter aus der Gneisenaustraße 27, das ist derselbe Richter, der am 7. September 1930 aus Reichsbannerteute schloß, als diese von einer Sportplatzstunde heim-

kehrten. Dann spielt ein Bankdiebstahl bei der ganzen Sache eine Rolle. Unter der Bank ist kein Geldinstitut zu verstehen, sondern doch war eine Bank, die man von einem Treppenaufgang des Hauses Gneisenaustraße 27 entwendet hatte. Da Günther die Diebe konnte und auch noch von anderen kriminellen Dingen wußte, die man „drehen“ wollte, beschloß man, Günther in seinem für die Renegaten geschaffenen Heim zu überfallen. Der Überfall erfolgte und in einem Flugblatt, das die „Kameradschaftliche Soziale Hilfe“ darüber für die Bewohner der Gneisenaustraße-Gegend herausgegeben hat, heißt es:

„Von Richter wird nun ein ganz gemeiner Terror gegen uns ausgeübt. Am 20. November 1931, um 18 Uhr, stürzte Werner Richter mit einer Horde in unserem Bezirk verurteilten Menschen mit Koppeln und Eichenstöcken in unsere ehrenamtliche Geschäftsstelle und schlugen auf unsere anwesenden Kameradinnen und Kameraden ein, wobei eine Dame und drei Herren verletzt wurden. Während der Zeit, wo wir im Krankenhaus waren, stürmte dieses Gefindel noch einmal unsere Geschäftsstelle, brach die Schränke auf und stahl unsere Fahnen und die mit vieler Mühe aus eigenen Mitteln angeschafften Einrichtungsgegenstände. Welche schmutzigen Charakter sie haben, ist daraus zu sehen, daß sie sich an wehrlosen Frauen vergreifen und sogar die Uniformen gestohlen haben...“

Der Krach ist also in vollem Gange. Bei dem ersten Überfall wurde Günther krankenhaussfähig geschlagen, noch heute ist sein Hinterkopf mit großen Pflastern besetzt. Günther spielte eine gewisse Rolle in der nationalsozialistischen Bewegung, er war ehemaliger Koffbachelor und wurde von seiner Partei auch als Propagandaredeur verwandt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er einen größeren Kreis rebellierender SA.-Leute um sich sammelt, obwohl seine Vereinigung hierfür ein nur wenig geeignetes Beden ist. In der Perspektive gesehen, dürfte die Hitler-Partei alle Reime einer „Diktatornerdeklage“, wie sie die Kommunisten 1923 ertönen, schon mit sich herumschleppen. Die Rebellion im Sturm 24 ist ein Symptom hierfür.

Bank von England brennt.

Großfeuer in London.

London, 15. Dezember.

Auf dem Umbau der Bank von England entstand kurz vor Schluß der Arbeitszeit ein Großfeuer. Das Feuer brach in dem Maschinenhaus eines Krans aus und ergriff sofort das ganze Gerüst, das für den Umbau des Bankgebäudes aufgestellt ist. Das Gerüst stand kurz darauf lichterloh in Flammen. Tausende von Menschen stauten sich vor dem Bankgebäude. Bald waren sie in schwere Rauchschwaden gehüllt, die vom Winde in die benachbarten Straßen herübergetrieben wurden. Brennende Balken und Gerüstteile stürzten herunter, so daß zeitweilig große Gefahr für ein Uebergreifen des Brandes auf das Bankgebäude, in dem die Bankgeschäfte gegenwärtig abgewickelt werden, bestand. Nachdem die Feuerwehre ungeheure Wassermengen in die Flammen geschüttet hatte, gelang es ihr endlich, den Brand einzudämmen.

Der Tragödie letzter Akt.

Freitod nach dem Selbstmord der Ehefrau.

Am Sonntag hatte sich in Adlershof die 30 Jahre alte Ehefrau Gertrud Gerlach mit ihrem siebenjährigen Töchterchen durch Erhängen getötet. Der Ehemann, Hans Gerlach, wurde, da er einen schweren Nervenzusammenbruch erlitt, ins Krankenhaus gebracht, aus dem er am Dienstagmittag heimlich entwich. Er suchte dann seine Wohnung auf und erhängte sich.

Im Hause Adlershof 8 in Adlershof bewohnt der 30 Jahre alte Kaufmann Hans Gerlach zusammen mit seiner gleichaltrigen Ehefrau Gertrud und dem 7 Jahre alten Töchterchen eine Wohnung im hohen Erdgeschoß. Gegen 3 Uhr hörten Nachbarn und die darüber wohnenden Leute aus der Gerlachschen Wohnung laute Schreie. Plötzlich fielen mehrere Schüsse. Ertrunken riefen sie durch den Fernsprecher sofort die Polizei des 235. Reviers an. Beamte eilten in die Wohnung und verschafften sich gewaltsam Zutritt. Sie fanden den Ehemann völlig verstorben mit einer Waffe in der Hand umherlaufen. Sie entwarfen ihn. Bei der Durchsuchung der Räume entdeckten sie eine furchtbare Tragödie. Frau Gerlach und ihr Töchterchen lagen mit durchschossenen Schläfen im Wohnzimmer. Die Tat mußte erst vor wenigen Augenblicken geschehen sein. Gerlach wurde einem kurzen Verhöre unterzogen. Er behauptete, daß er mit seiner Frau einen geringfügigen Streit gehabt habe. In einem hysterischen Anfall hätte sie die Waffe, die in einem Nachtschub verwahrt war, geholt. Zunächst erschoss sie ihr Töchterchen und tötete sich selbst durch einen Schuß. Als er die Folgen des Streites sah, wollte er sich selbst das Leben nehmen. Durch das Hinzukommen der Beamten aber ist er daran gehindert worden. Die polizeilichen Nachforschungen ergaben, daß Gerlachs Angaben richtig waren.

Am Dienstag verließ er, wie gelagt, das Krankenhaus, nahm eine Tasse und fuhr nach seiner Wohnung in Adlershof. Als er dort eintraf, war eine Nachbarin gerade damit beschäftigt, die Wohnung zu säubern, da Trauerarbeiten von außerhalb erwartet wurde. Die Frau hatte die Schlüssel. Gerlach ließ sich von ihr seinen Schreibtischschlüssel geben, öffnete ein Fach und zog Briefe seiner Frau heraus, legte sich an den Schreibtisch und las sie durch. Als jetzt die Nachbarin das Zimmer verlassen hatte, griff Gerlach zu seinem in einer Ecke stehenden Jagdgewehr, setzte den Lauf unterm Arm an und schoß sich eine Kugel durch den Kopf.

Auf der Chaussee tödlich verunglückt.

Auf der Chaussee zwischen Mahldorf und Dahmitz-Shoppegarten wurde gestern der 30 Jahre alte Postausstatter Willi Schreiber aus der Hirschgartenstraße 113 in Mahldorf mit seinem Fahrrad von einem nach Berlin fahrenden Lastauto überfahren. Sch. erlitt so schwere Verletzungen, daß er wenige Minuten später starb. Die Leiche wurde nach der Dahmitzer Halle ge-

bracht. Wie aus Dahmitz mitgeteilt wird, soll das Unglück durch die Schuld des Chauffeurs verursacht worden sein, der nach ärztlichem Befund angetrunken war. Die weiteren polizeilichen Ermittlungen sind eingeleitet.

Brand in der Hauptstadt von Siam.

Bangkok, 15. Dezember.

Die Stadt ist heute von einem Brand heimgesucht worden, der der folgenschwerste ihrer ganzen bisherigen Geschichte ist. In dem chinesischen Geschäftsquartier sind 500 feste Häuser, darunter das Gebäude der Bank von Kanton, zerstört worden. 2000 Personen sind obdachlos. Der Materialschaden wird auf 10 Millionen Mark geschätzt.

Wohltätigkeitskonzert der Schupo.

Das Sinfonieorchester der Schupo spielte im Wintergarten unter seinem neuen Dirigenten, Generalmusikdirektor Böhmle von der Staatsoper Wiesbaden, vor einem Auditorium von Kleinrentnern und Unterstützungsberechtigten. Es gab ein ausgezeichnetes, für die Hörer vielleicht etwas zu schwer gewähltes Programm. Zunächst die Sinfonie E-Moll „Aus der neuen Welt“ von Dvorak, die musikalisch so phantastische Suite aus „Die Rufe der Jaskin“ von Schreder und die „Curpanthe“-Duvertüre von Weber. Alles mit geschickter Einfühlung prächtig gespielt. Die Streicher so zart und fein, wie man es nicht immer zu hören bekommt. Dazu das schöne Alt Sigrud Negins in zwei Liedern von Richard Strauß und in einer Mozart-Ärie. So viel gutes in ein paar Mittagstunden gebannt, bot Anlaß genug zu Beifallsstürmen des dankbaren und von Freude und Glück nicht gerade verwöhnten Publikums.

Müllerstraße wird in Ordnung gebracht.

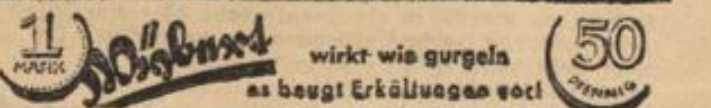
Die Müllerstraße zwischen der Afrikanischen Straße und der Königstraße ist wegen des Weiterbaues der Nordübahn (Verlängerung nach Ziegel) zum Teil gar nicht, zum Teil nur provisorisch gepflastert worden. Da der Weiterbau jedoch infolge finanzieller Schwierigkeiten in absehbarer Zeit nicht fertiggestellt werden kann, soll jetzt endlich auf Drängen des Bezirksamts die Wiederherstellung der Müllerstraße erfolgen. Die Kosten hierfür muß die Nordübahn U. G. ausbringen. Der Fahrdamm soll eine Hartgummi-Asphaltdecke erhalten. Besondere Schwierigkeiten bereiten bei den Arbeiten die im Straßentörper liegenden ungebauten großen toten Wasserrohre, die zur Umleitung des Hauptstranges um den geplanten Untergrundbahnkörper erforderlich waren.

Baunternehmer Dübner zahlt!

Vor der Zivilkammer in Potsdam fand eine vorläufige Vergleichsverhandlung zwischen dem Magistrat Potsdam und dem Baunternehmer Dübner aus Reichsdorf statt. Bekanntlich hatte der Magistrat, nachdem die Befestigungsangelegenheit beim Tiefbauamt bekannt wurde, einen Arrest von 80 000 M. bei Dübner eingeholt. Dübner hatte nun zu erwarten, daß der Magistrat Pfändungen bei ihm vornehmen würde. In der Verhandlung am Dienstag kam es zum Vergleich, in dem Dübner dem Magistrat Potsdam 30 000 M. von seinen Forderungen, die Dübner an den Kreis Zauch-Belzig für ausgeführte Arbeiten hat, überschreiben ließ. Die Vergleichsverhandlungen ruhen nun 2 Monate, und der Magistrat wird von einer Pfändung bei Dübner absehen. Jemandem Schuldbeweis soll bei dieser Vergleichsverhandlung nicht erklärt werden.

Wetteransichten für Berlin: Ähnliche Beruhigung des Wetters, anfangs noch leichte Schauernelgung, sinkende Temperaturen. — Für Deutschland: Im ganzen Reiche Abflauen der nordwestlichen Winde, in der nordöstlichen Reichshälfte noch stichwellige Schauer, überall kühl.

Freie Arbeiter-Gewerkschaften-Bundesleitung West-Berlin. Anfängerzurse in Reichsdorf (Stadtdirektionsamt) beginnen wieder in der Woche vom 11. bis 14. Januar. Die Teilnahmegebühren betragen einschließlich Lehrmaterial 10 M., die Gewerbesteuer 5 M. Weitere Auskünfte, auch über Fortschrittszurse, erteilt Arthur Zehnen, Berlin-Ziegel, Teumawitz, 47.

 **50 Jahre** wirkt wie gurgeln
es beugt Erkältungen vor!

Unmögliche Danatbankprojekte.

Opfer des Reiches. — Schutz der Aktionäre. — Privatkapitalistische Führung.

Seitdem am 13. Juli das Reich mit der Übernahme seiner Bürgschaft die vorläufige Fortführung der Darmstädter und Nationalbank gesichert hatte, steht die Reichsregierung vor der Aufgabe, aus dieser provisorischen Hilfe eine definitive neue Regelung zu machen. Diese Aufgabe ist noch vergrößert worden durch die unmittelbar darauf folgende Stützung der Dresdner Bank durch eine große Kapitalbeteiligung des Reiches. Auf Grund dieser starken Hilfsstellungen, die das Reich dem privaten Bankgewerbe gegeben hat, wäre es jetzt möglich, einen großen Teil des deutschen Kreditbankwesens neu zu gestalten unter maßgeblichem öffentlichen Einfluß, und auf diese Weise die Opfer, die das Reich für die Aufrechterhaltung des Kreditwesens gebracht hat, auf lange Sicht nutzbar zu machen zu einer Stärkung des öffentlichen Einflusses auf die künftige Gestaltung und Führung eines wichtigen Teiles der deutschen Bankwirtschaft. Gegenüber dieser klaren Zielsetzung, deren praktische Verwirklichung natürlich in ihren technischen Einzelheiten keine ganz einfache Aufgabe ist, haben sich leider innerhalb und außerhalb der Reichsregierung von Anfang an die Anschauungen in den Vordergrund gedrängt, die entgegen dieser Stärkung des Reichseinflusses das Hauptziel, im besonderen bei der mit großen industriellen Engagements stark belasteten Danatbank in der Wiederherstellung einer rein privatkapitalistischen Basis erblickt haben.

Vom alten zum neuen Projekt.

Aus diesem Geiste war zunächst das Projekt hervorgegangen, die von den Großaktionären der Danatbank und ihren Geschäftsinhabern zur Verfügung gestellten und die im Vorlesessule der Bank befindlichen eigenen Aktien an ein industrielles Konsortium zu begeben, wobei die industriellen Käufer zwar einen bestimmten Kurs für die Zukunft garantieren, das Reich aber seinerseits die Mittel für die Übernahme auf Jahre durch einen zinslosen Kredit zur Verfügung stellen sollte. Nach einer scharfen Kritik, die dieses Projekt der Uebergabe der Danatbankmehrheit auf Reichskosten an die Großindustrie besonders von unserer Seite gefunden hat, ist es allmählich davon ruhig geworden, ohne daß die Öffentlichkeit allerdings jemals mit hinreichender Klarheit erfahren hat, ob die bezüglichen Vorverträge endgültig erledigt oder nur suspendiert worden sind.

In dem gleichen Halbdunkel der Verhandlungen zwischen privaten Bankinteressenten und der Bürokratie des Reichsfinanzministeriums ist nun offenbar ein neuer Plan für die Zukunft der Danatbank ausgeheckt worden. Nach verschiedenen Verfassungsverbindlichkeiten in der Fachpresse scheint der Plan dahin zu gehen, daß die Danatbank mit der Commerz- und Privatbank fusioniert wird. An Stelle einer vielleicht zweckmäßigen Verbindung des lebensfähigen Depositengeschäftes der Danatbank mit der künftig unter wesentlichem Reichseinfluß stehenden Dresdner Bank wird also der Anschluß an die rein privatwirtschaftlich erhaltene Commerz- und Privatbank betrieben. Man sollte annehmen, daß dieser Weg vom Standpunkt des Reiches nur dann einen Reiz bieten könnte, wenn es auf diese Weise aus der übernommenen Haftung für die Schulden der Danatbank herauskommen könnte, ohne Verluste zu erleiden.

Das jetzt erörterte Projekt sieht aber ganz anders aus. Nach dem, was man bis jetzt über die schwebenden Pläne gehört hat, wird zwar angestrebt, die Ausfallhaftung des Reiches für die Gesamtverbindlichkeiten der Danatbank zu beseitigen, dafür aber soll das Reich eine Garantie für den Wert der Vermögensbestände der Danatbank, die auf die Commerzbank übergehen sollen, übernehmen. Man spricht von der Schaffung eines Treuhandsfonds durch das Reich, dem ein Betrag von 200 bis 300 Millionen Mark in Sachanweisungen zur Deckung von etwaigen Ausfällen bei der Abwicklung der von der Danatbank auf die Commerzbank zu überführenden Aktien dienen soll. Auf der anderen Seite heißt es, daß die Aktien der alten Danatbank-Aktionäre wie der neuen Uebernehmer (ob das das Reich oder die Industriegesellschaften wären, ist unklar) im Verhältnis von 1:1 in Commerzbank-Aktien umgetauscht werden sollen.

Wir wissen nicht, wie weit diese Pläne, die im „Deutschen Volkswirt“ und in der „Frankfurter Zeitung“ wiedergegeben sind, bereits einen offiziellen Charakter tragen. Der Reichsfinanzminister hat im Hauptauschuß des Reichstages erklärt, daß noch nichts entschieden sei. Um so notwendiger erscheint es uns, mit aller Deutlichkeit und aller Klarheit in der Öffentlichkeit zum Ausdruck zu bringen.

daß uns dieser Weg vollkommen ungangbar erscheint.

Selbst wenn wir einmal von der grundsätzlichen Frage der geplanten Rückführung des vom Reich gereiteten Instituts in eine vollkommen privatkapitalistische Organisation absehen, bleibt die Vorstellung vollkommen unerträglich, daß das Reich für einige hundert Millionen Verluste, die sich bei der Abwicklung der Aktien der Danatbank offenbar nach der Schätzung des Treuhänders ergeben können, einspringen soll, während die Aktionäre der Bank, bei der doch zum mindesten Aktienkapital und Reserven verloren zu sein scheinen, von dem Verlust durch den Umtausch in Commerzbank-Aktien befreit werden sollen.

Das Reich ist im Juli, wie immer betont worden ist, nicht zugunsten der Bankaktionäre eingesprungen, sondern im Interesse der

Aufrechterhaltung der Kreditbeziehungen für die Kunden der Bank. Wenn jetzt dieser oder ein ähnlicher Plan verwirklicht würde, so würde man aus diesem Einspringen im Interesse der Gesamtwirtschaft eine durch nichts gerechtfertigte Hilfe für Bankaktionäre und womöglich darüber hinaus noch eine Entlastung der Geschäftsinhaber der Bank von ihren Haftungsverpflichtungen machen. Wir glauben nicht, daß es unter irgendeinem Gesichtspunkte gerechtfertigt sein kann, für diese Privatinteressen das Reich mit einigen hundert Millionen Schatzanweisungsschulden zu belasten. Sicherlich ist es erstrebenswert, das Reich von der allgemeinen Ausfallhaftung allmählich wieder loszulösen. Aber die Verluste haben zunächst einmal die Aktionäre und die Geschäftsinhaber mit ihrem Gesamtvermögen zu tragen, und dann erst können möglicherweise Zuschüsse des Reiches auf Grund der übernommenen Haftung unvermeidlich werden.

Ein Schutz der Aktionäre und Geschäftsinhaber einer verwirklichteten Bank auf Kosten des Reiches, das ist wirklich mehr, als man in dieser Zeit der allgemeinen Senkungsaktionen den Steuerzahlern zumuten darf!

Zuf keinen Fall ist es angelegentlich, daß überhaupt derartige

Außenhandel unter Druck.

Der deutsche Export in der Gefahrenzone. — Konjunkturelle Einfuhrsteigerung?

Die deutsche Warenausfuhr ist im November gegenüber dem Oktober von 878,7 auf 748,7 Millionen, also um rund 15 Proz. gesunken. Auf Exporte über Reparationskontos entfallen von diesen Ausfuhrziffern 11 gegen 13 Millionen im vorhergehenden Monat.

Daß die Ausfuhr im November rückläufig ist, ist an sich nicht überraschend. Der Exportrhythmus bringt regelmäßig vom Juli bis Oktober eine Steigerung mit sich, der dann bis Februar ein saisonmäßiges Abgleiten folgt. Diesmal aber ist der übliche saisonmäßige Rückgang von der tatsächlichen Ausfuhrsenkung um das Dreifache übertroffen, so daß zwei Drittel der Ausfuhrabnahme, das sind etwa 75 Millionen, durch andere Einflüsse hervorgerufen sind. In welchem Umfange neben den handelspolitischen Erschwernissen die Valutaentwertung hier mitspricht, zeigt sich darin, daß im November die Ausfuhr nach Dänemark um 25 Proz., nach Schweden um 21 Proz., nach Britisch-Indien um 37 Proz. und nach Argentinien um 22 Proz. gesunken ist, während sich der Exportrückgang im Verkehr mit Goldwährungsländern auf 10 bis 15 Proz. stellt. Besonders unerfreulich ist, daß auch der Fertigwarenelexport in vollem Umfange von dem 15prozentigen Ausfuhrrückgang betroffen ist. Die Ausfuhr von Fertigfabrikaten verminderte sich im Berichtsmonat von 600,8 auf 588,7 Millionen und fiel damit fast auf den Stand vom Juni dieses Jahres zurück. Am stärksten sind hierbei Textil-, britische mit einem Ausfuhrverlust von 25 Millionen betroffen, was im wesentlichen mit der Entwertung des englischen Pfundes zusammenhängen dürfte; außerdem ist der Export von Eisenerzeugnissen, Maschinen- und Wasserfahrzeugen gleichfalls beträchtlich gesunken.

Außenhandel im November (in Millionen Mark)

Warengruppen	Ausfuhr (ohne Reparationskontos)	Einfuhr
1. Lebende Tiere	3,2	4,6
2. Lebensmittel und Getränke	32,7	140,5
3. Rohstoffe und halbfertige Waren	128,0	348,4
4. Fertige Waren	579,3	88,9
Zusammen 1—4	738,2	482,4

Bemerkenswert bleibt auch im November die Entwicklung der Einfuhr. Seit dem April war die Einfuhr Deutschlands fast ununterbrochen bis zum August von über 670 bis auf 454 Millionen gesunken. Wenn auch in diesem Zeitraum Preisrückgänge auf dem Weltmarkt den Wert der deutschen Einfuhr entsprechend beeinflussten, so stellte diese anhaltende Senkung doch ein effektives mengenmäßiges Abfallen der Einfuhr infolge der fortgesetzten Schrumpfung der deutschen Produktion dar. Wenn es auch zur Zeit noch zu früh ist, endgültige Schlussfolgerungen aus der Entwicklung der letzten Monate zu ziehen, so scheint doch bereits im August der Tiefpunkt der deutschen Einfuhr erreicht worden zu sein. Obwohl der Wert der Septembereinfuhr infolge weiterer Preisentungen noch um 6 Millionen unter den Augustziffern lag, zeigt die folgende Tabelle bereits ein leichtes Ansteigen der Einfuhrmenge. Die Einfuhr entwickelte sich seit August wie folgt:

	Einfuhrwert in Mill. M.	Einfuhrmenge
August	454	— Proz.
September	448	+ 2,3
Oktober	483	+ 8,5
November	482	+ 4

Auffallend ist die besonders starke Zunahme der Rohstoffeinfuhr um rund 18 Proz., die auch durch Saisoninflüsse nur zum geringeren Teil erklärt werden kann. Dagegen ist die Einfuhr von Lebensmitteln und Fertigfabrikaten gesunken, ein Beweis, daß der Währungsverfall in England und den skandinavischen Ländern sich bisher in einer verschärften Konkurrenz gegen die deutsche Inlandsproduktion noch nicht ausgewirkt hat.

höchst bedenkliche Geschäftspläne auf dem reinen Verwaltungswege im Zusammenwirken von kapitalistischen Privatinteressen und Ministerialbürokratie zur Erledigung kommen. Es genügt auch nicht, daß die Öffentlichkeit von diesen Plänen überhaupt nur durch gelegentliche Veröffentlichungen erfährt, von denen man nie weiß, inwieweit sie nur den Charakter von Versuchsbullatons tragen. Wir halten es für unerlässlich, daß diese Dinge, bei denen es sich um grundsätzlich wichtige Fragen der Neugestaltung des Bankwesens handelt und bei denen Hunderte von Millionen von öffentlichen Mitteln unter Umständen engagiert werden, endlich aus der Sphäre der Geheimverhandlungen, bei der die Interessenten keineswegs gemeinwirtschaftliche Ziele verfolgen, herausgelöst wird. Wahrscheinlich wäre es das Richtige, zunächst einmal die Gesamtheit dieser Pläne schnellstens von einem für diesen Zweck eingesetzten Ausschuss des Reichswirtschaftsbeirates begutachten zu lassen. Wenn man dann auf Grund eines solchen Gutachtens von einem Gremium, das die Interessenten hört, aber nicht selbst aus Beteiligten zusammengesetzt ist, zu bestimmten Vorschlägen kommt, dann müßten diese Vorschläge, bevor das Reich neue finanzielle Verpflichtungen übernimmt, immer noch zum mindesten dem Hauptauschuß des Reichstages vorgelegt werden, wenn schon der normale Weg der Gesetzgebung versperrt zu sein scheint. Auf jeden Fall geht es nicht an, daß im Geheimen, ohne parlamentarische Instanzen und ohne die Möglichkeiten der öffentlichen Kritik Dinge erledigt werden, bei denen man über Hunderte von Millionen von Reichsgeldern verfügt und dabei privaten Aktionären Verluste abnehmen will, die sie mit Fug und Recht zu tragen haben.

Bei einer Ausfuhr von 738 Millionen ohne Reparationslieferungen und eine Einfuhr von 482 Millionen, ergibt sich ein Ausfuhrüberschuß von 256 gegen 383 Millionen Mark im Vormonat. Damit beläuft sich der reine Ausfuhrüberschuß in den abgelaufenen elf Monaten dieses Jahres auf 2,42 Milliarden Mark.

Sprechbörse in der Burgstraße.

Konferenzen, aber kein Börsenhandel.

Die Berliner Industrie- und Handelskammer, die Hausbesitzer der Berliner Börse in der Burgstraße, hat ab Donnerstag dieser Woche eine einstündige „Sprechbörse“ zugelassen, die dreimal wöchentlich stattfindet. Die Börseninteressenten sollen sich wenigstens gegenseitig informieren können, womit die Hoffnung verknüpft wird, daß man die Kursbildung der Wertpapiere, die jetzt nur von Bank zu Bank erfolgt, normaler gestalten kann. Der Abschluß von Börsenhandelsgeschäften bleibt nach wie vor verboten. Auch Frankfurt a. Main hat die Sprechbörse eingeführt.

Preisermäßigung für Nähmaschinen. Die Mitglieder des Vereins deutscher Nähmaschinenfabrikanten haben eine Ermäßigung der Preise für Nähmaschinen um 10 Proz. auf alle ab 15. Dezember erfolgenden Lieferungen in Nähmaschinen vorgenommen.

Weihnachtsfreude

DURCH SIEMENS-RUNDFUNKGERÄTE



Jetzt schon neue Preise!

Einige Beispiele:
 Empfänger mit Röhren
 Siemens 22 W/804 RM 87,-
 Siemens 31 W ... RM 148,-
 Siemens 33 W ... RM 216,-

Lautsprecher
 Siemens 031 ... RM 34,-
 Siemens 050 ... RM 53,-
 Siemens 080 ... RM 79,-

Verführung in Fachgeschäften
 Verlangen Sie unseren reichhaltigen Weihnachtspreislist

SIEMENS & HALSKE AG
 Wernerwerk, Berlin-Siemensstadt

Der bekannte **Partelverlag Dietz** hat bereits vor der Notverordnung einen großen Teil seiner Buchpreise **katalogmäßig bis zu 40% gesenkt!**

Versäumen Sie deshalb nicht, einen Besuch zu machen in unseren **Verkaufsräumen Lindenstraße 2 und 3** und in den Ausstellungsräumen: **Siedlung Britz, Fritz-Reuter-Allee 43; Siedlung Karl Legien, Jäckelstraße 10; Siedlung Afa-Hof, Köpenicker Landstraße 149; in fast allen Vorwärts-Expeditionen**
Geöffnet: Täglich auch Sonnabends bis 19 Uhr, Sonntags 15 bis 19 Uhr!

Wenige Groschen genügen bereits, um den Kindern, der Gattin, dem Mann, den Freunden ein gutes und zweckentsprechendes Buchgeschenk zu machen!

ADGB. zur Notverordnung.

Die Stellungnahme des Bundesausschusses.

Nach dem Bericht Leiparis über die Besprechung am Montagabend mit der Reichsregierung referierte Spilke über die tariflichen und lohnpolitischen Bestimmungen der Notverordnung.

Die Absicht der Reichsregierung bezüglich der Lohn- und Gehaltsfrage ist eindeutig. Gemessen an ihrem Höchststand (Durchschnitt 1930),

sollen die Löhne und Gehälter um ein Viertel gesenkt werden.

Dabei wird nach Durchführung der Notverordnung die Abwärts der tatsächlichen Löhne noch größer sein. Unsere laufende Tarifstatistik zeigt, daß im ersten Halbjahr 1931 die Tariflöhne im gemessenen Durchschnitt nur 6,5 Proz. gesenkt wurden. Mit Beginn des 3. Quartals setzte die zweite Abbauwelle ein. Bis Mitte November registrierten wir den weiteren Abbau der Tariflöhne für rund 2,8 Millionen Arbeiter um durchschnittlich 5,3 Proz., so daß der Gesamtabbau im gemessenen Durchschnitt 11,8 Proz. beträgt. Die Notverordnung fügt einen weiteren Abbau um 10 Proz. hinzu. Ist der Tariflohn im 3. Quartal 1931 nicht tarifvertraglich gesenkt, so läßt ihn die Notverordnung um 15 Proz. sinken. Die Senkung des tatsächlichen Lohnes ist jedoch erheblich höher, da seit Mitte 1930 zunächst ein Absinken der übertariflichen Zulagen, der Akkordberechnungen usw. eintrat, das sich auch 1931 bei bereits gesenkten Tariflöhnen weiter fortsetzte. Das Ausmaß ist nicht exakt feststellbar. Soweit Erhebungen vorliegen, wird man diesen Abbau auf weitere 5 bis 7 Proz. schätzen müssen.

Abgesehen von der Verdienstminderung durch Kurzarbeit senkt also die Notverordnung im Vergleich zum Jahre 1930 den tatsächlichen Lohn um 27 bis 29 Proz.

Das gewaltsame Absinken der Tariflöhne auf den Stand vom Januar 1927 wird praktisch die tatsächlichen Löhne unter den damaligen Stand sinken lassen. Ausgang 1926 zeigte sich bereits eine Entlastung des Arbeitsmarktes; ohne daß die Tariflöhne überall entsprechend erhöht wurden, fand zunächst vielfach nur ein Ausgleich durch übertarifliche Zulagen, besserer Akkordbemessung und dergleichen statt. Die Veränderung der Tariflöhne erfolgt erst später, also nach dem in der Notverordnung gewählten Stichtag.

Die Entlohnung im Bergbau soll unter die am 10. Januar 1927 geltenden Sätze sinken. Darum ihre Sonderregelung. Die Schwierigkeiten des deutschen Bergbaus verhinderten von 1927 auf 1930 eine Lohnentwicklung wie in anderen Berufen, andererseits sind bereits erhebliche Herabsetzungen der Tariflöhne erfolgt, so daß ein Zurückgehen auf die Tariflöhne vom 10. Januar 1927 ein Absinken der heute geltenden Sätze um nur 2½ Proz. bedingen würde. Die Reichsregierung will jedoch den Lohn im Bergbau noch tiefer senken. Die Arbeiter öffentlicher Betriebe werden gleichfalls einer Sonderregelung unterstellt. Die Regelung der Arbeiterlöhne erfolgt hier im engen Zusammenhang mit der Gehaltsregelung der Beamten und Angestellten unter grundsätzlicher Ausscheidung der Mitwirkung des Schlichters.

Die Notverordnung bringt nicht nur die Reduzierung der Löhne um durchschnittlich ein Viertel, vielfach fast um ein Drittel, sie stellt zugleich

Ein gewaltsamen Eingriff in das Tarifrecht

dar. An die Stelle der Entschlußfreiheit der Unternehmer und Arbeiter tritt der gesetzliche Zwang. Der Schlichter ist nicht mehr Schlichter, sondern ausführende Behörde. Er ist eng gebunden an die Bestimmung der Notverordnung, die die am 10. Januar 1927 geltenden Tariflöhne wieder hergestellt wissen will. Seine Entschlußfreiheit beschränkt sich lediglich auf gewisse Ausgleichs- und Verschärfenartigkeiten des Lohnsystems im zur Zeit geltenden Tarifvertrag gegenüber Anfang 1927 bestehen oder wo zu diesem Zeitpunkt ein Tarifvertrag überhaupt nicht bestand, so daß Entschlüsse nach Billigkeit getroffen werden müssen. Bezüglich der Lohnregelung in öffentlichen Betrieben ist die Verletzung des bisher geltenden Tarifrechts noch viel offensichtlicher.

Es ist den Tarifparteien unbenommen, höhere Löhne zu vereinbaren als sie die Notverordnung vorseht. Eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung derartiger Vereinbarungen dürfte allerdings kaum erfolgen.

Eggert erörterte hierauf eingehend die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Maßnahmen. Sie betreffen die Preis- und Zinssetzung, die Neuordnung der Wohnungswirtschaft, Steuererleichterungen, besonders bei Betriebsabtrennungen und Aufösungen von Gesellschaften, Maßnahmen gegen Kapital- und Steuerflucht, Ausfuhrbegrenzung, Neuregelung der Einheitsbewertung und Erhöhung der Umsatzsteuer.

Die Notverordnung ist eine drakonische, in das wirtschaftliche und soziale Leben tief eingreifende Maßnahme. Sie made den gewaltigen Versuch, die deutsche Wirtschaft an die veränderten Weltwirtschaftsverhältnisse anzupassen. Die Preissetzung

hätte der Lohn- und Gehaltssetzung vorausgehen müssen, um den Reallohn unverfehrt zu erhalten. Es hänge jetzt alles davon ab.

Die Preissetzung umfassend und tief auf der ganzen Linie zu erzwingen.

Die Gewerkschaften müßten sich dieser Aufgabe mit allen Kräften zuwenden.

Welter berichtete abschließend über die Bestimmungen der Notverordnung zu den Verschlechterungen der Leistungen der Sozialversicherung. In der Krankenversicherung wie in allen Zweigen der Rentenversicherung bringt die Notverordnung organisatorische Änderungen nur in geringem Umfang. In der Knappschaftsversicherung ist der Versicherungskreis erweitert worden. In der Unfallversicherung ist der Einfluß der Versicherer verstärkt worden. Die Gemeinlast ist eingeführt durch Verteilung eines Anteils der Rentenlast auf die gesamte Versicherung. Außer diesen Veränderungen im System sind nur Leistungsabstriche zu verzeichnen: Renten von 20 Proz. werden in der Unfallversicherung nur noch auf die Dauer von zwei Jahren bewilligt, niedrigere Renten fallen weg, Renten an versicherte Unternehmer werden nicht mehr anerkannt, wenn die Beschädigung weniger als 33¼ Proz. beträgt. Die Notverordnung bewirkt, daß die Hälfte aller Renten der Arbeitnehmer gestrichen werden. Die Regierung will unter allen Umständen eine Beitragserhöhung vermeiden. Daher auch die Befreiung aller Mehrleistungen in der Krankenversicherung.

Ein Teil der Leistungen der Rentenversicherung waren reine Fürsorgeleistungen. Sie sind gestrichen worden. Auch der gleichzeitige Bezug von verschiedenen Renten in einer Person ist durch Höchstbestimmungen beseitigt unter Befassung einer Freigrenze von 25 M., die bei der Aufrechnung unberücksichtigt bleibt. Ferner sollen die Gesamtbezüge der Hinterbliebenen nicht höher als die Rente der verstorbenen Versicherten sein.

In der gesamten Rentenversicherung konnten bisher die Renten rückwirkend gewährt werden. Diese Bestimmung ist weggefallen. Die Wartezeit in der Invalidenversicherung und zum Teil auch in der Angestelltenversicherung ist verlängert worden. Jetzt müssen in der Invalidenversicherung 250 Pflichtbeiträge geleistet worden sein.

Der Bezug der Altersrente hat 750 Beiträge in der Invalidenversicherung zur Voraussetzung, in der Angestelltenversicherung 180 Monate.

Eine Sanierung, d. h. eine Angleichung der Ausgaben an die niedrigeren Einnahmen, wie sie die Unternehmer fordern, ist mit der Notverordnung nicht vorgenommen worden. Die Flüssigmachung der Vermögensbestände in der Invalidenversicherung in Reichs- und Länderanstalten ist nach wie vor dringend erforderlich, um nicht auch noch das Heilverfahren der Versicherung ernstlich zu gefährden.

Die Aussprache.

In der Aussprache wurde scharfe Kritik daran geübt, daß die Regelung der Arbeitsbedingungen für die Arbeiter in den Betrieben des Reiches, der Länder und Gemeinden immer mehr dem Bereich des Arbeitsministeriums entzogen und in die Hand des Reichsfinanzministers gelegt wurde. Die Notverordnung bringt diese Entwicklung zum Abschluß. Sie bedeute

Die Ausschaltung des Arbeitnehmers der öffentlichen Betriebe aus dem allgemeinen Arbeitsrecht.

Die Löhne werden in einer erheblichen Zahl der Gemeinden durch die Notverordnung unter den Stand vom Januar 1927 herabgedrückt.

Die Gewerkschaften würden sich energisch um die Durchführung der Bestimmungen der Notverordnung bemühen müssen, die auf die Senkung der Preise abzielen.

Es ist anzunehmen, daß die Hausbesitzer von der Möglichkeit, die Hauszinssteuer durch Vorauszahlung abzulösen, reichlichen Gebrauch machen werden. Aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer wird nicht mehr viel für den Wohnungsbau übrig bleiben. Trotzdem ist es Pflicht, den Kleinwohnungsbau energisch zu fördern. Von einer Kapitalföhrung im Wohnungsbau könne keine Rede sein. Was mit Hilfe der Gewerkschaften an Wohnkultur geleistet worden ist, verdiene hohe Anerkennung. Die Zinssetzung ist im Interesse der Belebung der Bauwirtschaft zu begrüßen. Von der Mietsetzung gilt das gleiche wie für die Preissetzung. Der größte Mangel der Notverordnung ist darin zu erblicken, daß sie

keine Möglichkeit zur Arbeitsbeschaffung

vorseht. Die Hoffnungslosigkeit der Arbeitslosen ist der Herd der tiefgreifenden sozialen Unruhe. Hier Abhilfe zu schaffen

durch Arbeitsbeschaffung ist dringendes Gebot. Dies und der entschlossene Kampf gegen die Feinde der Republik ist die unbedingte Pflicht der Reichsregierung.

Es ist zu befürchten, daß die Notverordnung eine weitere Zerrüttung der Wirtschaft zur Folge haben wird. Mifglück, was immerhin nachteilig sei, die Durchführung des Preisabbaues, so bleibt nichts übrig als ein Fortschreiten des Kaufkraftschwundes. Eine Welle enthält die Notverordnung auch insofern, als sie

keinen Schritt zur Verkürzung der Arbeitszeit

tut. Aber das alles würde von der organisierten Arbeiterschaft leichter ertragen werden, wenn sie bei der Regierung den Willen zu entschlossenem Vorgehen gegen den Straßenterror der Feinde der Republik führen würde.

Scharf verurteilt wurde die Ausnahmebehandlung, die den Bergarbeitern in der Notverordnung zuteil wird. Im Ruhrbergbau sind die Lohnkosten je Tonne seit 1930 um 2 M. gesunken. Gleichzeitig sind aber Lohnführungen eingetreten. Eine Senkung der Kohlenpreise wäre längst möglich gewesen, dazu bedurfte es nicht erst einer Notverordnung, zumal der Reichswirtschaftsminister ohnehin das Recht hat, auf die Senkung der Kohlenpreise hinzuwirken. Es gibt im Bergbau Arbeiter, die bereits jetzt um mehrere Mark

weniger in der Woche verdienen, als die Wohlfahrtsunterstützung beträgt.

Andererseits gibt es im Bergbau Beispiele, die erkennen lassen, daß manche Unternehmer bei der Lohnvereinbarung ein höheres Maß von sozialer und wirtschaftlicher Einsicht zeigen als die Urheber der Notverordnung. Es ist aber auch möglich, dem Handel größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Handelskammern sind zu groß.

Andererseits wird geltend gemacht, daß es der Standpunkt der Regierung sei, daß auch für sie eine neue Lage entstehen würde, die zu einer Änderung ihrer Haltung in der Lohnfrage führen müsse, falls sich herausstellen sollte, daß der Erfolg der Preissetzung ausbleibt. Dies ist ein Moment, das neben anderen schwerwiegenden Gründen die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei veranlaßt habe, von einer Einberufung des Reichstages abzusehen.

Der Bundesausschuß gab am Schluß seiner Beratungen seiner Stellung zur Notverordnung durch die einstimmige Annahme einer Entschließung Ausdruck, die wir im Hauptblatt wiedergeben.

Die Wittler-Azizelle.

Zu unserer Notiz mit dieser Überschrift wird uns berichtigend mitgeteilt, daß der alleinige Leiter der Braufabrik Gebrüder Wittler Herr August Wittler in Dahlem ist. Der in Bollersdorf am Schermüggelsee wohnende Heinrich Wittler ist aus der Firma längst ausgeschieden.

SSD-Fraktion beim Reichstagsamt Hilmersdorf, Donnerstag, 19. Uhr, Restaurant „Zur Gewerkschaftshaus“ (Roth), Hilmersdorf, Hallesche Ufer gegenüber Straße, Fraktionssammlung. Große Karl Pfeil über „Notverordnung“.

SSD-Fraktion bei Reichstagsamt Zehlendorf, Donnerstag, 19. Uhr, Hotel Empel, Gudenrath, 1. Fraktionssammlung. Große Karl Pfeil, M. S. K. über „Not und Elend der Arbeiterschaft, ihre Ursachen und Wirkungen“.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Beitrag am 19. Uhr lesen die Gruppen: Baumhülshausweg: Jugendheim Baumhülshausweg, Straße 10. Unterhaltungsabend. — Weigensee: Gruppenheim Weigensee, Berlin, 20. Die organisierte Lage der Arbeiterschaft in England. — Humboldt: Jugendheim Graw, Ecke Zehringstraße. — Was erwarten wir vom Wirtschaftskrieg? — Korbberg: Schule Grawenburger Str. 2. — Schönheide und Ordnung. — Tegel: Jugendheim Tegel, Schönheider Str. 4 (erst um 20 Uhr). — Mit Buch und Schallplatte durch die Welt. — Schöneberg: Jugendheim Herx, 11 (Johannstraße). — Punkteabend. — Flughafen: Gruppenheim Flughafen, 18 (U. Schulhof, Berlinstraße). — Kuckers Berlin und Sachsisch. — Kuckers: Jugendheim Neuhagen, Berlinstraße 2 (H.). — Gewerkschaftliche Tagespolitik. — Spandau-Neukölln: Jugendheim Lindenauer 1. Gutherl kommt. — Schönberg: Hauptstr. 15 (Hortensienhaus). — Wo bleiben die Mitgliedsbeiträge in den Verbänden? — Prenzlauer Berg: Gruppenheim Kottbuscher Str. 11. Die Literatur für das proletarische Weltvolk. — Schillerpark: Schule Schillingstr. 17. — Reichstagsfraktion. — Jugendgruppe des Gesamtverbandes, Tagungsgruppe Kommunalkomitee: Jugendheim Engelstr. 11-13. Film- und Lichtbildvortrag: „Die Schönheiten des Winters in Wort und Bild“.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Deute, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: Korbberg 1: Jugendheim Dangleer Str. 62 (Barade 2). Vortrag: „Wasum keine Gewerkschaften?“ Referent: Weber. — Reinickendorf: Jugendheim Vinthauer Str. 2 (Barade). Vortrag: „Proletarische Jugend in der bürgerlichen Gesellschaft“. Referent: Mann. — Schönheider Berg: Jugendheim der Schule Kottbuscher Str. 11. Arbeitgemeinschaft: „Kulturfragen des Tages“. Leiter: Telemann. — Steiner: Jugendheim der Schule Guter Str. 61. Vortrag: „Oberpreiser: Schule in Altbergschönheide, Berlin Str. 31. Singens Hülshauswegstraße, Weidenau. — Korbberg: Jugendheim Dangleer Str. 13 (Barade) am Hohndorf Alpenid. Kuratortag. — Korbberg: Jugendheim Wilmische Str. 1-4. Eine Ranne Straße. Schiladen. — Scharf: Jugendheim Wilmische Str. 128. Betriebsleben. — Schönberg: Jugendheim Hauptstr. 11 (Hortensienhaus). — Arbeitgemeinschaft: „Das Leben des jungen Gewerkschaftlers“. Referent: Elert. — Charlottenburg: Jugendheim Spielmannstr. 4. Arbeitgemeinschaft: „Einführung in die sozialistische Gewerkschaft“. Leiter: Huba. — Spandau: Jugendheim Lindenauer 1. Vortrag: „Kommunistische Kampfstrategie“. Referent: Wolf. — Potsdam-Romow: Jugendberberge in Romowen. Vorkurswoche. Vortrag: „Die Frau im Berufsleben“. — Quartiersleitung: Zusammenkunft ab 20 Uhr zu lehrerlichen Lehungen in der Hülshausen Turnhalle Feinringstraße. — Heute tagt die „Beratungsgemeinschaft“ „Zentralrat R.G.“ von 18-18 Uhr im Brandenburgischen, Zimmer 27.

Schenkt

Eleganter Lackschuh, modern garniert.

6⁹⁰

Kamelhaarartiger Umschlagschuh Größe 36-42 **1⁶⁵**

Überstiefeln in vielen Ausführungen 7.90, 5.90 **3⁹⁰**

Entzückende Modelle, Pumps und Spangennlacku. Velourleder 9.80 **8⁹⁰**

MANNA - Präparate zur richtigen Schuhpflege



Tack

140 eigene Verkaufsstellen, davon 23 in Groß-Berlin und Potsdam

8⁵⁰

Strapazierfeste Herrenschuhe **5⁷⁵**
8.50, 6.75

Herrenstiefel in solider Verarbeitung **6⁷⁵**
7.75
m. schütz. Zw.-Sohle 9.80 8.25

Eleg. Lackschuhe für jede Gelegenheit **6⁷⁵**
8.50, 7.90

Echte Rohmaterial Herrenschuhe in Lack und schwarz Boxkalf

Schuhe

Werkspionageprozess in Westdeutschland

Berliner RSD-Leiter als Hauptangeklagter.

Ludwigshafen, 15. Dezember. Vor dem erweiterten Schöffengericht Ludwigshafen begann der Werkspionageprozess gegen den Leiter der Chemischen Abteilung der kommunistischen RSD, den 36 Jahre alten Erich Steffen aus Berlin-Reinickendorf, ferner gegen den Postler und Lapezierer Paul Ader, den Schlosser Friedrich Dehleschläger, die Ehefrau Katharine Dehleschläger, den kaufmännischen Angestellten Hans Schmid, den Kaufmann Eugen Herbst, sämtlich aus Ludwigshafen, und den Funktionär Karl Dienstbach aus Frankfurt a. M., die sich u. a. auch wegen Beihilfe zur Werkspionage zu verantworten haben.

Steffen und der Mitangeklagte Dienstbach sollen in Ludwigshafen und Mannheim den Angeklagten Schmid, einen Angestellten der IG-Farben, veranlaßt haben, Berichte über chemische Geheimverfahren auszuliefern. Die Berichte sollten nach Rußland weitergeleitet werden, um dort bei der Durchführung des Fünfjahresplans Verwendung zu finden. Die Angeklagten Dehleschläger und Frau sollen Berichte über geheim zu haltende Verfahren der inneren Betriebsvorgänge der IG-Farben von Schmid erhalten haben. Als Steffen versuchte, von einem bei der Firma Dr. Raschig als Schlosser beschäftigten Kraft Pläne über Spezialverfahren zu erhalten, erstattete dieser bei seiner Firma Anzeige. Alle Angeklagten leugnen, sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht zu haben; besonders wollen sie keine Entlohnungen von einer russischen Stelle erhalten haben. Im weiteren Verlauf der Verhandlung erklärte jedoch der Angeklagte Schmid, für die Berichte etwa 400 bis 500 Mark erhalten zu haben.

Das neue Dienststrafrecht in Preußen.

In zweiter Lesung im Landtag angenommen.

Im Preussischen Landtag, der am Dienstag zu seiner letzten Tagung in diesem Jahre zusammentrat, widmete zunächst Präsident Wittmann a. d. dem bei einem Sturz aus einem fahrenden Zuge tödlich verunglückten Abg. Leonhardt (Staatsp.) einen Nachruf. Abg. Leonhardt war erst vor einigen Wochen von der Wirtschaftspartei zur Staatspartei übergetreten.

Der Hauptpunkt der Tagesordnung war die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs zur Umgestaltung des völlig veralteten (aus dem Jahre 1852 stammenden) Dienststrafrechts der nichtrichtlichen Beamten.

Diese Vorlage führt die in der Reichsverfassung den Beamten versprochenen Rechte z. T. jetzt durch. Sie lehnt sich nicht nur an bereits vorliegende Beschlüsse des Reichsrats zur Reichsdienststrafordnung an, sondern geht sogar in einigen Punkten darüber hinaus. So wird künftig an die Stelle von Strafverfügungen eine Gehaltskürzung um höchstens ein Fünftel des Gehaltes und auf längstens 5 Jahre treten. Ferner ist für den Angeklagten nicht nur in der Hauptverhandlung, die öffentlich sein wird, sondern auch in der Voruntersuchung die Stellung eines Verteidigers zulässig. Ueberaus wichtig ist auch die Bestimmung, daß in Zukunft neben den Rechtsanwältinnen auch Beamte und vor allem Vertreter der Beamtenorganisationen als Verteidiger bestellt werden dürfen. Daneben muß auf Verlangen Akteneinsicht gewährt werden.

Entscheidend aber sind zwei wichtige Änderungen, die diese Novelle zum Preussischen Disziplinargericht bringt: Einmal die Einführung einer Verjährungsfrist von 5 Jahren und damit die völlig neue Gestaltung der Dienststrafgerichte. Bis jetzt waren die Verwaltungsbehörden zugleich Disziplinargerichte in erster Instanz, also gleichzeitig Ankläger und Richter. In Zukunft werden für die erste Instanz Dienststrafkammern bei den Regierungen und als Berufungsinstanz der Dienststrafhof in Berlin gebildet. In diesen Körperschaften werden neben den richterlichen Beisitzern auch Beamte aus der Beamtenschaft sitzen. Das so modernisierte Dienststrafrecht sieht daneben noch vor, daß die vorläufige Dienstenthebung auch ohne Einkommensminderung erfolgen kann. Ebenso sind Wiederaufnahmeverfahren mit rückwirkender Kraft vorgesehen.

An dieser Vorlage war eigentlich eine Kritik um so weniger zu üben, als fast alle Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, sich an den Ausschuhberatungen regge beteiligten und bereits zugestimmt hatten. Nur der deutschnationale Abg. von Kries konnte es sich nicht verkneifen, trotz seiner Zustimmung wegen der pflichtigen Veroberschließung den Verdacht zu äußern, die jetzigen Amtsbeamten wollten unter einer etwa kommenden Rechtsregierung sich ausreichenden Schutz sichern.

Dieser gehässigen Unterstellung trat der sozialdemokratische Abg. Simon-Neusatz sofort mit dem Hinweis entgegen, daß Herr von Kries, der schon dem alten preussischen Dreiklassenhaufe lange Zeit angehörte, es damals nicht für nötig gehalten hat, für eine Reform der aus der Zeit der schwärzesten preussischen Reaktion nach 1848 stammenden Disziplinargesetze einzutreten. Der sozialdemokratische Redner wies zum Schluß seiner Ausführungen auch darauf hin, daß die Vorlage im engsten Einvernehmen und unter tatkräftiger Mitarbeit des Preussischen Innenministeriums zustande gekommen sei. Ein neuer Beweis für den ersten Aufbaumüllern der so viel verlässigten Regierung Braun-Severing!

Die Vorlage wurde in zweiter Lesung in der Ausschuhformulierung ohne wesentliche Änderungen angenommen. Noch in der laufenden Woche soll die dritte Lesung erfolgen.

Sonst wurden noch einige kleinere Vorlagen erledigt.

Am Mittwoch steht auf der Tagesordnung des deutschnationalen Mißtrauensvotum gegen den neuen Finanzminister Dr. Alepper, ferner sozialdemokratische Anträge über Währungsmaßnahmen des ostpreussischen Landwirtschaftsverbandes und über ungenügenden Polizeischutz bei Durchführung von Zwangsvollstreckungen in Schleswig-Holstein.

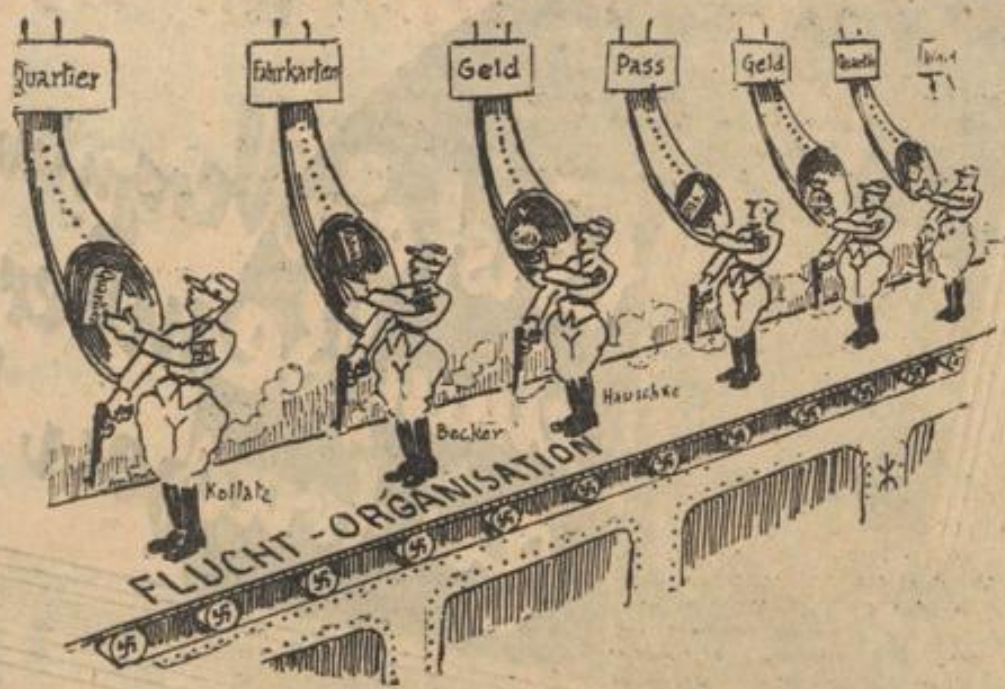
Streng legal und ahnungslos.

Keiner hat den Heimwehpuß gemacht.

Oriz, 15. Dezember. (Eigenbericht.)

Am Heimwehpußprozess wurde das Verhör der Angeklagten zu Ende geführt. Die Zivilisten unter den Angeklagten gaben antimilitärische Thesen vor sich, die Offiziere a. D. erklärten, daß sie sich um Politik nie gekümmert, sondern nur einem Befehl gehorcht hätten. Dann wurden Akten verlesen. Dabei kam heraus, daß als Vorwand zum Puß eine falsche Meldung ausgegeben war, nach der es im Juni zu nötigen Zusammenstößen gekommen sein sollte. Es war bisher jedoch nicht festzustellen, ob die Meldung von Brimer oder von Lamborg diktiert wurde. Die Proklamation der Pußhüften an die Bevölkerung will Brimer gar nicht gelesen haben, sie sei schon 1929 vorbereitet worden. Der Verfassungsentwurf sei genau nach dem Rezept des damaligen Bundeskanzlers ausgearbeitet worden. Damit ist Schaber gemeint; Starbemberg ist lediglich wegen dieser Behauptung verurteilt worden, ohne den Wahrheitsbeweis versucht zu haben.

Die Nazi-Fluchtorganisation.



An diesem laufenden Band
Ramen sie durchs ganze Land!

So beginnt das Dritte Reich.

Safentkruzterror unter Duldung der Polizei in Chemnitz.

Chemnitz, 15. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Sächsische Landtag wird sich am Mittwoch mit einer Anzahl sozialdemokratischer Anträge beschäftigen, die fast ausnahmslos die unhaltbaren Zustände in der Chemnitzer Polizei behandeln.

Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion behandelt folgenden bezeichnenden Vorgang: Ein junger Arbeiter wurde von Nationalsozialisten im Zentrum der Stadt überfallen und blutig geschlagen. Der Ueberfallene flüchtete in den Schankraum des Kaiserweinkellers. Die Nazis verfolgten den Arbeiter dorthin und mißhandelten ihn zum zweiten Male. Das Personal versuchte vergeblich den Geschlagenen zu schützen.

Safentkruzgeschmückte Gäste jähren: „Schlagt den Hund tot!“

Erst die herbeigerufene Polizei befreite das Opfer aus den Händen der Nazis. Das Chemnitzer Polizeipräsidium hat es nicht für nötig befunden, über diesen Vorgang der Presse einen Bericht zu übermitteln.

An einem der letzten Sonntage hielten 120 SA-Leute feierlich ausgedehnt im sogenannten Zeißgawald bei Chemnitz Übungen ab. Dies geschah unter dem Schutz der Chemnitzer Polizei, die in Stärke von einem Offizier und acht Mann für „Ordnung“ sorgten. Spaziergänger durften nicht einmal öffentliche Wege benutzen, weil diese von den Nazis zu Übungszwecken benötigt wurden.

Wie in Braunschweig, so maßten sich auch in Chemnitz SS-Leute Polizeigewalt an. Aufschluß darüber gibt ein Frageheft, der dieser Tage vor dem Chemnitzer Schöffengericht verhandelt wurde. Ein Postschaffner, der morgens gegen 4 Uhr zum Dienst ging, wurde

in der Dunkelheit von uniformierten SS-Leuten überfallen, niedergeschlagen und so schwer verletzt, daß er zehn Wochen dienstunfähig war.

Vor Gericht gaben die angeklagten SS-Leute an, es sei Aufgabe der Schutzstaffel, auf verdächtige Personen Obacht zu geben und sie in besonderen Fällen nach Waffen zu untersuchen. Der Ueberfallene wurde in der Nähe eines Nazi-Verkehrslotals mißhandelt. Die Witrin des Lotals, die sich an der Mißhandlung beteiligte, sagte als Angeklagte aus, daß mit Wissen der Polizei in ihrem Lokal die ganze Nacht über Betrieb sei. Die SS halte sich darum bei ihr auf, um ihr Lokal gegen Andersdenkende zu schützen. Trotz der Rotverordnung vom Oktober hat das Chemnitzer Polizeipräsidium bisher nichts getan, um diesem Nazineist die Ueberstreichung der Polizeistunde zu verbieten!

Alle diese Dinge werden Mittwoch und Donnerstag im Sächsischen Landtag zur Sprache gebracht werden, um die Behauptung der Sozialdemokratie zu erhärten, daß die republikanische Bevölkerung in Chemnitz infolge der Passivität des Polizeipräsidiums nahezu schutzlos den Safentkruzherden ausgeliefert ist.

Wüste Sitzung in Braunschweig.

Linksmehrheit gegen Nazis und Rechtsparteien.

Braunschweig, 15. Dezember. (Eigenbericht.)

Nach einer siebenstündigen, wild bewegten Sitzung wurde heute abend vom Braunschweigischen Landtag ein sozialdemokratischer Antrag auf Gewährung einer staatlichen

Staatsoper.

„Così fan tutte.“

Der (bis jetzt) schönste Abend der Staatsoper in dieser Saison. Gründgens Regie und Kempfers musikalische Direktion ergaben eine bezaubernde Mischung; in Spiel und Gesang, in herrlicher Ensemblekunst und feinstem Orchesterolorit wurde Mozart in einer Weise lebendig, wie wir es nicht oft erleben. Das Publikum dankte durch stürmischen Applaus und viele Huzzas.

Winterbeihilfe für Erwerbslose und Sozialrentner mit den Stimmen der Antragsteller, der SPD und des Jungdeutschen gegen die Nationalsozialisten und Rechtsparteien angenommen. Die Nationalsozialisten hatten einen Agitationsantrag gestellt, der den Erwerbslosen Lebensmittelbons gewähren sollte. Diese Bons sollten jedoch nicht von Warenhäusern und Konsumvereinen eingelöst werden. Der Antrag verfiel der Ablehnung mit derselben Mehrheit.

Zußerdem beschloß der Landtag die Untersuchung der Vorgänge bei der Staatsbank, deren Finanzpräsident, Dr. Stübgen, einem nationalsozialistischen Standblatt in Helmstedt in Form eines „Inspektionsauftrags“ den Mund zu stopfen versucht hatte. Es handelt sich um den Verkauf der Aktien der Helmstedter Glashütte an den böhmischen Konzern Rühlig-Union. Der deutschnationale Minister Dr. Rühenshol bestritt, daß sich hierbei hohe braunschweigische Finanzbeamte bereichert hätten. Das Nähere muß die Untersuchung ergeben.

Die Sitzung verlief außerst stürmisch. Wiederholt griff die Tribüne ein. Die Nazis, die ihre Kräfte vollkommen verloren hatten, versuchten zu provozieren. Ihr Präsident Jörner, der als Abgeordneter sprach, zog sich allein zwei Ordnungsrufe zu. Eine Prügelei wurde durch die Besonnenheit der SPD-Abgeordneten vermieden.

Die Hausdurchsuchung auf Schloß Rotenberg

Ein amtlicher badischer Bericht.

Karlsruhe, 15. Dezember.

Von der Pressestelle des Staatsministeriums wird mitgeteilt: Der Polizei war zur Kenntnis gekommen, daß für Sonntag, den 12. Dezember, nachmittags, von dem ehemaligen kaiserlichen Gesandten, Dr. jur. h. c. n. Reichensau auf Burg Rotenberg bei Wiesloch, zu einer „Geselligen Zusammenkunft“ eingeladen worden war, die nach dem Wortlaut der Einladung dem Zweck dienen sollte, eine aufklärende Aussprache über die Politik des Nationalsozialismus herbeizuführen. Gleichzeitig mit der Einladung wurde ein verleihtätigtes politisches Schreiben des Fürsten Eulenburg-Hertefeld in Liebenau (Mark) versandt, das eine Anwerbung für den Nationalsozialismus in den Kreisen des mittleren und Großgrundbesitzes darstellt und welchem eine Niederbeschriftung einer Besprechung des Fürsten Eulenburg-Hertefeld mit Adolf Hitler in München beilag. Den nach Rotenberg eingeladenen war nahegelegt worden, auch Angehörige mitzubringen. Nach weiteren der Polizei gemachten Mitteilungen war anzunehmen, daß die Ziele des Nationalsozialismus auch unter dem Gesichtspunkt ihrer praktischen Durchführung eine Erörterung finden sollten, ganz abgesehen davon, daß der „politische Tee“, wie er in einzelnen Zeitungen genannt wird, möglicherweise als unerlaubte politische Versammlung angesehen werden mußte. Die politische Polizei schritt deshalb pflichtgemäß zur näheren Feststellung und zur Durchsuchung. Ueber das Ergebnis derselben kann eine Auskunft erst nach Durchsicht des vorgefundenen umfangreichen politischen Materials gegeben werden. Das Material wurde von den Beamten im Einverständnis mit dem Besitzer zur Durchsicht übernommen.

Die Haltung der Polizeioffiziere.

Zu dem Rundschreiben des „Dillenburg-Verbandes“.

Die Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens verurteilt an ihre Mitglieder Rundschreiben, in denen Verhandlungen und Besprechungen mit leitenden Beamten des preussischen Ministeriums des Innern teils falsch, teils entstellend wiedergegeben werden. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, stellt das preussische Ministerium des Innern fest, daß alle an diese unrichtigen Behauptungen und Darstellungen geknüpften Folgerungen und Kommentare der Grundlage entbehren.

Es ist selbstverständlich, daß diese internen Angelegenheiten des „Dillenburg-Verbandes“ die Haltung der preussischen Polizeioffiziere, wie den Dienstbetrieb der gesamten preussischen Polizei in keiner Weise berühren.

Neujahrsrede des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident wird einem Wunsche der Reichsregierung folgend, am Neujahrstage durch Rundfunk eine Ansprache an das Deutsche Volk halten. Die Ansprache soll vom Palais des Reichspräsidenten übermittelt und auf alle deutschen Sender übertragen werden.

